

# Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

„Wir zahlen keine Reparationen mehr“

## Brünings Bravourarie

Mißtöniges Echo / Hitler gibt den Ton an

†Berlin, 11. Januar.

Mindestens eins ist der Regierung Brüning-Groener — oder muß man schon sagen Hitler-Groener-Brüning? — gelungen. Sie spielt zur Zeit eine Starrolle auf dem Welttheater. Diese Rolle näher zu charakterisieren verbietet uns die geringe Chance, die wir bei dem Lotteriespiel haben, das sich in Deutschland „Freiheit der Presse“ nennt (so wie die alten Griechen die Furien, die Rachgöttinnen, die „Wohlmeinenden“ nannten). Er verbietet uns auch dieser Zustand die genaue Zitierung von Pressestimmen aus dem Ausland. Zum Beispiel der Meinung des „Populaire“, den als französischen „Vorwärts“ zu bezeichnen eine unbegründete Beleidigung wäre, der aber jedenfalls das Zentralorgan der französischen Sozialistischen Partei ist. Dort ist das Zusammenspiel Brüning-Hitlers von Anfang an durchschaut und richtig beurteilt worden. Der Reichskanzler und der Reichsinnen-Wehrminister werden dort mit Beiworten belegt, die höchstens einem Kaiserlichen General im Verkehr mit Arbeitern in Deutschland gestattet sind.

Doch kehren wir von dem sattsam bekannten innenpolitischen Plan zurück auf den außenpolitischen, auf dem der Außenminister Brüning derzeit eine Gastrolle gibt. Die Generalprobe hat bekanntlich stattgefunden unter Assistenz des englischen Gesandten Sir Horace Rumbold und eine nicht unbedeutende Erregung des Weltpublikums hervorgerufen; freilich in das Beifallgedröhn gelang es auch wie Klatschen, das von etwas ganz anderem als vom Händezusammenschlagen herzurühren schien. Aber wo wäre der Theatermann, der nicht auch einen Theaterkandal begrüßte? Mindestens wird seine Bühne bekannt!

Die offizielle Aufführung des außenpolitischen Stücks, betitelt „der starke Mann in Lausanne“ fand statt vor einem Vertreter des Wolff-Büros, gewissermaßen also vor einem weltumspannenden Lautsprecher. Des Reichskanzler-Außenministers Hauptarie ging über das Thema, wie wir der kritischen Äußerung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entnehmen: Brüning macht Schluß mit den Tributen. Die kontrapunktische Unterlage soll geliefert sein von einem gewissen Hitler, der zwar nicht Musik, aber Anstreicher studiert haben soll. Der ihm nahe stehende „Völkische Beobachter“ ist jedenfalls der Meinung:

Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung müsse die Erklärung mit der größten Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Daß der Reichskanzler sich in letzter Stunde gezwungen sah, die Begründung seiner innenpolitischen Gegner zu übernehmen und damit das ganze Erfüllungssystem in vernichtender Weise bloßzustellen, sei die Bestätigung der Richtigkeit dessen, was die Nationalsozialisten immer wieder gefordert hätten, obwohl man sie dafür Katastrophopolitiker und Verbrecher schimpfte.

Ohne das Dasein der NSDAP wäre diese Erklärung nie abgegeben worden und hätte sie nie abgegeben werden können.

Es ist das eine Auffassung, die im Ausland durchaus geteilt wird. So meint etwa das linkradikale französische „Oeuvre“: „Alles in allem genommen, wo ist für uns der Unterschied zwischen Hitler und Brüning? Eine Frage, die übrigens nicht nur in Frankreich stellt wird.“

### Offener Brief

an den Vorsitzenden des Afa-Bundes, Reichstagsabgeordneten Aufhäuser

Werter Genosse Aufhäuser!

Die ökonomische und politische Situation in Deutschland spitzt sich, wie Ihnen nicht unbekannt ist, weiter zu. Durch die Notverordnung ist die Krise weitgehend vertieft. In dem Organ des Zentralverbands 1931 der Angestellten „Der Freie Angestellte“ wurde bereits in der Nummer vom 1. Dezember mit Recht festgestellt:

„Die Wirtschaftspolitik dieses Unternehmenseigenen — hießes neues Programm — ist ein Faschismus.“

Obwohl also nach den Ausführungen Ihrer eigenen Organe (durch die Tolerierung des neuen Lohnraubs objektiv ein neuer Schritt zum Faschismus getan wird, hat die Spitzenführung der Freien Gewerkschaften, hat die Spitzenführung des Afa-Bundes die Notverordnung und damit den Lohnraub toleriert.

Durch die Tolerierung des neuen Lohnraubs, durch das Abwürgen jeder Aktion gegen den auch von Ihnen festgestellten Bruch des Kollektivvertrages, den die Notverordnung mit sich bringt, werden die Arbeiterorganisationen, werden die Gewerkschaften so von innen heraus ausgehöhlt, daß ihre Aktionsfähigkeit auf schwerste darunter leiden muß. Mit dem neuen Lohnraub, mit dem Bruch des Tarifrechts zeigt die Regierung Brüning aufs neue, daß sie dem Faschismus den Weg bereitet.

Die Gewerkschaften haben jetzt zur Bildung einer „Eisernen Front“ aufgerufen. Wir fragen Sie hiermit öffentlich: Halten Sie eine Politik für richtig, die sich mit der Zerschlagung des Tarifrechts, mit dem neuen Lohnraub einverstanden erklärt und dann noch glaubt, durch eine „Eiserne Front“ gegen den Faschismus kämpfen zu können? Durch eine eiserne Front, welche die christlichen Gewerkschaften nicht einmal mitmachen, in der daher

neben der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften keine größeren Organisationen vertreten sind? Nach den Ausführungen in Ihrem eigenen Organ können Sie eine derartige Politik nicht für richtig halten. Bei der immer zugespitzteren Situation genügt es aber nicht mehr, wenn Sie sich nur innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die weitere Tolerierungspolitik wenden. Es genügt vor allem dann auch nicht, wenn trotz Ihrer abweichenden Stellung in der Reichstagsfraktion der Afa-Bund mit politischen Gewerkschaften die Tolerierung

Mehr als je sind heute klare Erfordernisse notwendig.

Mehr als je ist es heute notwendig, die Gewerkschaften, die Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft, wieder aktionsfähig zu machen. Nur dann, wenn

der Kampf gegen Hitler zugleich als Kampf gegen Brüning

geführt wird, nur dann, wenn man die Illusion bekämpft, als ob Hitler durch eine eiserne Front geschlagen werden kann, dieweil man gleichzeitig den Lohnraub toleriert, nur dann kann der Sieg des Faschismus wirklich verhindert werden.

In diesem Kampf werden durch die Parole der „eisernen Front“ Illusionen in die Arbeiter- und Angestelltenschaft hineingetragen. Wir fragen Sie hiermit öffentlich, ob Sie mit uns bereit sind, diese Illusionen zu zerschlagen und damit gleichzeitig in einer geschlossenen roten Einheitsfront zu arbeiten gegen Brüning und Hitler, gegen Lohnraub, Bruch des Tarifrechts und den Faschismus.

Der Bezirksvorstand der SAP.  
Berlin.

I. A.: gez. Heuschild.

Nun ist es ja wahr, wenn Herr Brüning „Schluß mit den Tributen macht“, wenn er ausspricht: es liege klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache, so ist das nur ein Monolog und kein Duett. Allerdings geht in den Kulissen der Börse, die sich internationale Presse nennt, ein vielstimmiges Konzert los, wobei jedoch zu bemerken wäre, daß dies Konzert nicht gerade harmonisch ist. An deutsche Ohren gelangt es freilich nur durch den Filter der Nachrichtenbüros, und wenn man nur die Ueberschriften liest (und wieviel deutsche Zeitungsleser lesen heute mehr?), muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß es um Deutschlands Sache recht gut steht, so gut, wie es die „B.Z. am Mittag“ mit den Worten ausdrückt:

„Einer ausgesprochen französischen Front mit Belgien, Polen und Jugoslawien steht eine deutsch-englisch-amerikanische Front gegenüber. Die französische Front unter der Parole „Heiligkeit der Verträge“. Die Gegenseite mit Deutschland unter der Parole „Revision!“ Deutsches Illusions- und Ausstattungstheater!“

Sieht man freilich näher zu, so ergibt sich

selbst aus dieser filtrierten Berichterstattung, daß die wirklich maßgebende Presse des Auslands, daß gerade die englische und amerikanische, weit davon entfernt ist, sich in eine solche Einheitsfront einzulassen, daß sie im Gegenteil die falschen Töne und den falschen Einsatz des Sängers ausdrücklich kritisch vermerkt. Aber als guter und national zuverlässiger Deutscher überliest man anstandshalber solche Stellen und stimmt mit ein in den neuesten Chorgesang: Deutschland, der Retter der Welt, eine Variation des bekannten Gesangs „A deutsches Wesen muß die Welt genesen“. Wir haben nämlich wieder das Ei des Columbus gefunden:

„In einem Berliner Blatt, das man heute noch demokratisch zu nennen pflegt, ist dieser Tage dargelegt worden, daß Deutschland die Reparationen nicht mehr zahlen dürfe. Bisher gab es im Ausland Leute, die behaupteten, das Reich wolle die Reparationen nicht zahlen. Die Reichsregierung vertrat den Standpunkt, die Reparationen nicht zahlen zu können. Nun ist die letzte Steigerung da: Deutschland dürfe die Reparationen nicht länger zahlen, sonst werde das Unheil der Weltkrise weiter aufrechterhalten.“

So hat's der Berliner Korrespondent der „Prager Presse“ formuliert. Er ist nur in einem Punkt zu berichtigen: Die Reichsregierung ist schon bei der letzten Steigerung angelangt, denn Herr Brüning gab die Erklärung ab: daß jeder Versuch, das System für politische Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse.

Unhöflich, wie der „Populaire“, den wir an Stelle vieler anderer Zeitungsäußerungen zitieren, nun einmal ist, spricht er von einer schweren „gaffe“ der deutschen Regierung, ein Wort, das kaum zu übersetzen ist, sagen wir auf deutsch: „Entgleisung“. Er ist der auch von anderer Seite geteilten Meinung, daß Herr Brüning aus innerpolitischen Gründen sich schon so weit vorgewagt hat, daß er nicht mehr zum Rückzug

„Der Lante gerettet!“  
(2. Seite Hauptartikel)

blasen kann. Selbstverständlich kommt der „Populaire“ zu dem Schluß, daß das Vabanque-Spiel der Reichsregierung in Lausanne mit einer großen Pleite enden muß. Denn: nach dem Votum des amerikanischen Kongresses, der brutal die Annullierung und jede Herabsetzung der interalliierten Schulden verweigerte, war es kindisch, zu hoffen, daß Paris und London geneigt wären, eine radikale Entscheidung in bezug auf die Reparationen zu treffen.

Herrn Brünings Schritt müsse verwerfliche Folgen für Deutschland und für ganz Europa nach sich ziehen, Folgen nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer Natur. „Unzweifelhaft“, so schließt der „Populaire“, „die Regierer der großen kapitalistischen Mächte sind mit Wahnsinn geschlagen und verstehen selbst nicht mehr, was sie tun!“

Wenn die Regierer wahnsinnig sind, werden die Völker geschlagen, sagt ein alt-römisches Wort. Es ist Zeit, sich daran zu erinnern!

### Kommunistischer Uebernationalismus

Ein Täuschungsmanöver der „Roten Fahne“

Während sich die außenpolitische Einheitsfront von Hitler bis Wels immer enger formiert, wird es den Kommunisten langsam bange, von ihr „Unter den Linden“ begrüßt zu werden. Aber es geht ihnen ähnlich wie Herrn Brüning. Sie haben sich schon so weit vorgewagt, daß sie ohne gewaltigen Prestigeverlust nicht mehr zurückkönnen. Sie versuchen es mit einem Verschleiernsmanöver.

Die „Rote Fahne“ vom 10. Januar entdeckt plötzlich den Artikel Leiparts im „Vorwärts“ vom 31. Dezember, der „viel zu wenig beachtet“ worden sei. Ihr wird angst vor der kommenden außenpolitischen Pleite, an deren Ende — sowas kommt von sowas — die innenpolitische Diktatur Hitlers steht. Das hat die deutsche „Prawda“ — sie heißt so, weil sie die „Wahrheit“ scheut — „viel zu wenig“ beachtet.

„Es ist klar, daß diese außenpolitische Aktion Brünings angesichts der beherrschenden Position des französischen Imperialismus

muß scheitern, daß die kapitalistische Klasse Deutschlands ebenso kapitulieren wird wie im Ruhrkrieg und in der Frage der Zollunion, um auf dem Rücken des deutschen Proletariats mit den Westimperialisten ihren Frieden zu machen."

Statt aber aus dieser Situation die Konsequenz zu ziehen, statt nun hörbar vom Nationalismus abzurücken und sich zur proletarischen Einheitsfront gegen die kapitalistischen Betrüger zu erkennen, sucht die „Rote Fahne“ den Nationalismus durch einen Übernationalismus zu übertrumpfen, den sie — höchst einfach — als „revolutionär“ tarnt, so reaktionär er in Wahrheit ist.

Das geht so:

„An die Stelle der „nationalen“ Solidarität mit den kapitalistischen Großausbeutern Deutschlands setzen sie die internationale Solidarität der Proletarier Deutschlands mit denen der Sowjetunion und aller imperialistischen Länder für die revolutionäre Zerreißung des Youngplans und des Vertrages von Versailles.“

Niemand kann verkennen, daß das nur Phrasen sind, die die üble Rolle der KPD vergessen machen sollen. Wer glaubt noch dieser „Roten Fahne“, die von einer internationalen Solidarität der Proletarier spricht und die proletarische Solidarität in Deutschland jeden Tag verleugnet, dafür aber immer wieder mit der Goebbels-Parole „Zerreißung des Youngplans“ in die kapitalistische Einheitsfront der deutschen Nationalisten einschwenkt? Das Wort „revolutionär“ wird in ihrem Munde zur Blasphemie!

## Risse in der Zweiten Internationale

Mit der Feststellung, daß die Regierungen der kapitalistischen Großstaaten wahnsinnig seien, hat der „Populaire“ seine Exkursion nach Deutschland geschlossen. Er hat leider vergessen, hinzuzufügen, daß der gegebene Ironiewärter, die Sozialistische Internationale, an der Ausübung seines Amtes, durch den nationalistischen Bazillus geschwächt und krank, verhindert ist.

Daß der Geist von 1914 in Deutschland herrscht, ist höchstens den guten Deutschen verborgen. Das Ausland sieht die Einheitsfront von Hitler bis Wels sehr deutlich. Die französischen Sozialisten standen und stehen in schärfster Opposition zur Regierung Laval. Sie bekämpfen sie auf allen Gebieten, bekämpfen sie vor allem dann, wenn sie nationalistisch sich gibt.

Aber sie können nun nicht mehr umhin, sich gegen den deutschen Nationalismus unter Führung Brüning's zu wenden und sind damit in offenen Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie gelangt.

Das war voraussehen, das konnte nicht anders sein. Die sozialistische Internationale ist effektiv schon wieder zerrissen, wird — in erster Linie Schuld der SPD! — im Ernstfall auch die englische Arbeiterpartei, wenn auch im gegenwärtigen Augenblick in Opposition zur „nationalen“ Regierung, bildet doch einen ihrer Springer auf dem politischen Schachspiel. Vielleicht weiß sie es nicht, aber es ist so. Während die Konservativen mit der einen Hand nach Frankreich, während sie nicht umgerne die nationalistischen „erbfeindlichen“ Kampffähne sich raufen sehen, ohne doch Partei für die eine oder andere Seite zu nehmen, erfüllt das Organ der Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, und mit ihm die Labourparty die Funktion, der deutschen Regierung als englischer Mitspieler Beifall zu klatschen. Selbstverständlich, daß die Arbeiterpartei sich damit automatisch in einen Gegensatz zur französischen Sozialistischen Partei bringt, in einen Gegensatz, den man auf keiner internationalen Konferenz durch eine Einheitsresolution wird verkleistern können. Es ist ein furchtbares Bild, das sich da langsam enthüllt: die sozialistische Internationale ist trotz der Kriegserfahrung bis zur Selbstauflösung nationalistisch verseucht, sie kann keinen Damm bilden gegen den Krieg, weil sie dem „nationalen“ Kapitalismus noch verhaftet ist.

Es sind trübe Aussichten, um so größer die Aufgabe für die wirklich internationalen Sozialisten.

## Ausnahmestand im Streikgebiet

Amsterdam, 11. Januar.

Der Bürgermeister von Enschede, der Hauptstadt des Textilindustriegbietes von Twente, hat sich, da das bisher von ihm zur Bekämpfung der Streikunruhen erlassene Verbot aller Ansammlungen über drei Personen nicht das gewünschte Ergebnis gehabt hat, und namentlich in den Abendstunden weiterhin Ueberfälle radikaler Elemente auf die Häuser Arbeitswilliger und der Textilfabrikanten sowie auf die Polizei verübt wurden, genötigt gesehen, für die Zeit von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens den Ausnahmestand zu verhängen. Alle Personen, die sich während dieser Zeit auf der Straße aufhalten, müssen der Polizei ihre Personalia, sowie den Zweck ihres Aufenthalts auf der Straße angeben. Auf Anordnung der Polizei müssen sie sich sofort in ihre Wohnungen zurückbegeben und alle Türen und Fenster schließen.

## Auf der Karsten-Zentrum-Grube:

# 7 Bergleute lebend geborgen!

### 144 Stunden von der Außenwelt abgeschnitten

Am Sonntag abend brachte der Draht aus Beuthen die freudige Nachricht: sieben der verschütteten Bergleute auf der Karsten-Zentrum-Grube lebend geborgen!

### Der offizielle Bericht

Das Oberbergamt Breslau teilte Sonntag abend 21,16 Uhr mit: Die Rettungsarbeiten auf der Karsten-Zentrum-Grube haben den hochehrföhrlichen Erfolg gehabt, daß von den durch einen Gebirgsschlag verschütteten vierzehn Bergleuten nach sechs Tagen sieben Leute lebend geborgen sind. Die Geretteten sind verhältnismäßig wohlauf, wenn auch zum Teil recht schwach. Nur zwei von ihnen sind äußerlich verletzt. Das Schicksal der übrigen Verschütteten ist noch ungewiß, doch ist mit dem Tode der meisten zu rechnen. Die Bergungsarbeiten sind äußerst schwierig. Sie konnten den erreichten schönen Erfolg nur haben, weil alle Leute

unter Nichtachtung ihres Lebens ihr Aeufßerstes getan haben, um zu ihren verschütteten Kameraden vorzudringen.

Die Bergungsarbeiten gehen mit aller Kraft weiter.

### Eine Völkerwanderung

Als sich am Sonntag kurz nach 16 Uhr in Beuthen wie ein Lauffeuer das Gerücht verbreitete, daß auf der Karsten-Zentrum-Grube die am vergangenen Montag Verschütteten noch am Leben seien, setzte sofort eine wahre Völkerwanderung nach der etwas außerhalb des Stadtgebietes liegenden Grube mit allen möglichen Fahrzeugen ein. Auch vor dem Knappschaftslazarett sammelten sich große Menschenmengen an, um Näheres zu erfahren. Wenige Minuten später sammelten sich auch sämtliche Sanitätswachen der Stadt vor den Toren der Grube, um die Aufgefundenen so schnell wie möglich in die Lazaretten zuzuführen.

### Wie die Sieben gerettet wurden

Ueber den Hergang der Rettung erfährt eine Korrespondenz noch folgendes:

Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr kam man mit dem Bohrer plötzlich in einen leeren Raum. Diese Tatsache wirkte auf die Rettungsmannschaft wie ein elektrischer Schlag. Denn das bedeutete, daß die Strecke dahinter nicht zerbrochen war. Das entstandene Bohrloch wurde mit größter Vorsicht erweitert, und man hörte alsbald auch Klopffzeichen, die sofort

erwidert wurden. Als die Oeffnung groß genug war, wurde in sie hineingeleuchtet, und zu aller Erstaunen und freudigen Ueber-raschung sah man fünf Bergleute eng aneinander gekauert sitzen. Die Retter freuten sich ebenso wie die Geretteten über alle Maßen. Wie die Geretteten erzählen, haben sie von Kaffee- und Brotresten gelebt, und ihren Durst gestillt, indem sie das sich an dem Preßluftrohr infolge der Untertagehitze bildende Schweißwasser der Reihe nach ableckten. Wie sie weiter erzählen, waren sie bei dem Gebirgsschlag zunächst verstreut. Einer hat dann immer nach dem andern gesucht, bis sie endlich sieben zusammen waren. In den ersten fünf Stunden waren sie ohne Licht. Dann fanden sie durch einen glücklichen Umstand Streichhölzer und auch noch etwas Karbid, das sie dann mit äußerster Sparsamkeit benutzten. Sie wußten ganz genau, daß Sonntag war. Das Erste was die Geretteten forderten, waren Zigaretten, die ihnen auch sofort gegeben wurden, während gleichfalls verlangt Getränk; nur nach ärztlicher Anordnung mit größter Vorsicht und schluckweise verabreicht wurde.

Von einer 100 Meter langen Strecke sind



**Heldenhafte Rettungsarbeit**  
Eine Rettungskolonnenarbeit. Verätztes Abtransport eines

nach den bisherigen Feststellungen durch den Gebirgsschlag etwa 60 Meter zu Bruch gegangen. Die zu den Geretteten vorgetriebene Stoßstrecke durch die Kohle war nur 1,50 Meter hoch und 1 Meter breit. Von den anderen Verschütteten können die Geretteten nichts sagen, da sie von diesen keine Lebenszeichen bemerkt haben.

### Die Namen der Geretteten

Die sieben Bergleute, die wie durch ein Wunder dem Tode entronnen sind, heißen: Slama, Alfred, Rohrleger aus Beuthen, Klukowski, Josef, Kauer aus Königshütte, Marek, Wilhelm, Fördermann aus Beuthen, Ludwig, Emil, Fördermann aus Karf, Nowak V, Paul, Füller aus Bethen, Starsinski, Alois, Fördermann aus Miechowitz, Kulpock, Paul, Fördermann aus Miechowitz. Wilhelm Marek trug einen Oberschenkelbruch, Klukowski Fleischwunden davon.

### Die Bergleute erzählen

Die ersten Aussagen der Ueberlebenden ergaben ein erschütterndes Bild der sechs Tage. Slama behauptete, er mußte noch drei Mann am Leben sein. Nach dem ersten Schläge hatten die Eingeschlossenen auch das Rufen und die Klopffzeichen der Rettungsmannschaften gehört. Sie konnten sie aber nicht erwidern, da sie an ein Rohr oder eine Luke nicht herankommen konnten. Am Haspel fanden sie einen Gummischlauch mit etwas Wasser. Sie ernährten sich von den Nahrungsmittelresten, die in ihren Taschen und den Sachen der anderen noch vorhanden waren. In den letzten Tagen hörten sie deutlich die Rettungsarbeiten. Slama verstand es immer wieder, die anderen Kumpels aufzumuntern und sie vor dem Selbstmord zu bewahren. Slama sagte, trotz allem Humor hätte er es nicht mehr lange ausgehalten. Er behauptete noch einmal mit Bestimmtheit, daß die Bergleute Eber, Karch und Mar noch am Leben seien. Die vorerst im Beuthener Knappschaftslazarett untergebrachten sieben Bergleute sind alle außer Lebensgefahr. Man hofft, daß sie sich bald von den ausgestandenen Schrecken und Entbehrungen wieder erholen werden.

### Und die anderen?

Zur Stunde ist es noch ungewiß, ob auch die übrigen Bergleute — oder wenigstens einige von ihnen — gleichfalls geborgen werden können; leider ist die Wahrscheinlichkeit dafür nicht sehr groß.

# Ein aufgeschobener Kampf

Der Gesamtverband hat heute den Direktoren der Berliner Gas- und Wasserwerke offiziell mitgeteilt, daß nach dem Ergebnis der Urabstimmung in den Betrieben, die die Ablehnung eines Streiks erbrachte, der am Dienstag voriger Woche gemachte Vergleichsvorschlag als angenommen zu betrachten sei. Danach erfolgt in den Gas- und Wasserwerken über die durch die Notverordnung vorgeschriebene 10prozentige Lohnkürzung hinaus eine Kürzung um einen Pfennig ab 1. Januar und um einen weiteren Pfennig ab 15. März.

Das Bürgertum atmet erleichtert auf. Es ist von einem Arbeitskonflikt, der womöglich zum Signal einer Reihe großer Arbeitskämpfe hätte werden können, für den Augenblick verschont worden. Die Lage in Deutschland ist heute derart gespannt und namentlich auf dem Gebiete der Sozialpolitik so mit Zündstoff geladen, daß ein Funke genügt, um Explosionen hervorzurufen, deren Wirkungen nicht abzusehen sind. Mit Befriedigung wird darum das Bürgertum die obige Meldung registrieren. Aber es würde sich gröblich täuschen, wollte es darin eine Garantie dafür erblicken, daß es auf dem beschrittenen Wege ungestraft weitergehen kann. Davor sollte es gerade das Abstimmungsergebnis in den Berliner Gaswerken warnen. Schon die starke Beteiligung — 92, nicht, wie von uns irrtümlich berichtet: 82 Prozent — ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft im Begriffe steht, ihre Langmütigkeit abzuwerfen. Namentlich aber die Tatsache, daß rund 60 Prozent für den Streik gestimmt haben, sollte dem Unternehmertum zeigen, welche Uhr es geschlagen hat, zumal dieses Ergebnis in einem Betrieb erzielt wurde, wo seit einem Jahrzehnt überhaupt kein Streik mehr geführt worden ist.

Die Kommunisten versäumen natürlich nicht, für das Abstimmungsergebnis die SAP verantwortlich zu machen. Das ist ein nur allzu durchsichtiges Manöver. Einmal steht den kommunistischen Versuchen die Tatsache entgegen, daß die SAP-Funktionäre, wie übrigens auch der Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzende Siemisch, sich überall in den Betrieben für den Streik eingesetzt haben, und zum andern spricht gegen die Behauptungen der „Roten Führer“ die Tatsache, daß just in

den Betrieben, die als Hochburgen der RGO anzusprechen sind, das Abstimmungsergebnis am allerklüglichsten war. So haben beispielsweise im Gaswerk Neukölln 113 für und 184 gegen, nur im Gaswerk Lichtenberg 116 für und 137 gegen den Streik gestimmt, während die Außenbetriebe, in denen die RGO keinen oder nur geringen Einfluß hat, durchweg 70 Proz. Stimmenmehrheit für Streik erzielt wurde. Damit werden alle Verunglimpfungen der SAP-Funktionäre von selbst hinfällig.

Offenbar liegt der „Roten Fahne“ nur daran, die Tatsache zu verwechseln, daß die Führung in diesem ganzen Konflikt nicht bei der KPD, sondern ausschließlich bei der SAP lag. Dabei verhehlen wir keinen Augenblick, daß uns das Ergebnis nicht befriedigt. Der Eindruck war zwar stark, aber er zeigt auch, daß noch vieles zu tun ist, um die Arbeiterschaft wieder für Streiks zu gewinnen. Beigetragen hierzu hat zweifellos auch die Verschleppungstaktik der Verbandsbürokratie, die von der SAP — wieder im Gegensatz zu den Behauptungen der kommunistischen Presse — nie gebilligt, sondern in jedem Augenblick bekämpft wurde. Desgleichen muß aber betont werden, daß auch die Kommunisten an dem unbefriedigenden Ergebnis

schuld sind. Sowohl am 1. als am 3. Januar hatte die „Rote Fahne“ den angenommenen SAP-Antrag auf Durchföhrung einer Urabstimmung als ein Verschleppungsmanöver der Verbandsbürokratie bezeichnet, was praktisch auf eine Ablehnung der Abstimmungsbeteiligung hinauslief. Erst unmittelbar nach der Abstimmung am 3. Januar erklärte das Blatt dann, daß die Kommunisten für Streik wären, ohne aber ausdrücklich zur Beteiligung aufzufordern. Es ist ganz zweifellos, daß durch dieses Verhalten eine gröbliche und dem Abstimmungsergebnis höchst unheilvolle Verwirrung in die Betriebe hineingetragen worden ist. Offenbar haben die Kommunisten sich erst unter dem Druck der Massen zu der besseren Einsicht bekehrt, daß ihre Anhänger der Abstimmung nicht fernbleiben können.

Mit der nunmehr erfolgten Beilegung tritt ein Lohnabbau der Stundenlöhne in folgendem Ausmaße ein:

für ungelernete Arbeiter	11 Pfennig
„ ungelernete „	12 „
„ gelernete „	13 „

Ab 15. März werden die so gekürzten Löhne noch einmal um je 1 Pfennig gesenkt.

Der Kampf, darüber kann kein Zweifel bestehen, ist nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.

# Wahlen in Lippe

Detmold, 11. Januar

Am Sonntag wurden in Lippe neue Gemeinderäte und Kreistage gewählt. Die Wahlen nahmen mit Ausnahme eines Zwischenfalles in Schötmar bei außergewöhnlich starker Beteiligung einen ruhigen Verlauf. Insgesamt bestätigt das Wahlergebnis das schon durch die jüngsten Wahlen gelieferte Bild:

Die Gesamtzahl der bei den gestrigen Wahlen abgegebenen Stimmen einschließlich der kreisfreien Städte beträgt:

Sozialdemokraten	25 396 (30 142),
Deutschnationale	8616 (7263),
Bürgerliche Liste	13 237 (0),

Zentrum 2282 (2648),  
Evangelischer Volksdienst 3259 (5023)  
Nationalsozialisten 28 442 (20 510),  
Kommunisten 9570 (5867) Stimmen.

Die eingeklammerten Ziffern beziehen sich auf die letzten Reichstagswahlen.

Handelt es sich auch nur um ein Zwergstädtchen, so ist das Ergebnis doch bedeutungsvoll: Lippe zeigt aufs neue, daß der von der SPD eingeschlagene Kurs das weitere Anwachsen der Hitlergardien nicht nur nicht aufhält, sondern in seiner Konsequenz nur zu der Aufreibung der SPD selber föhrt.

Leider ist nicht anzunehmen, daß die einzige Lehre, die dieses Wahlergebnis enthält, von der SPD gezogen wird.

# „Unfehlbare“ Justiz

## Der Breslauer Mordprozeß Pohl ist nicht der Täter!

Breslau, 11. Januar.

Brachte der erste Verhandlungstag im Pohl-Prozeß die Vernehmung der Zeugen, deren Aussagen wesentlich zur Verurteilung Pohls beitrugen, so ergab der zweite Verhandlungstag schon ein anderes Bild. Er begann mit der Vernehmung der Braut des Angeklagten, Ida Hornig. Sie ist am Tage vor dem Mord mit Pohl zusammengewesen und mit ihm nach Deutsch-Lissa gegangen, wo beide bei einem Bahnwärter übernachteten. Da die Mordwaffe ein Messer war, ist ihre Bekundung von Wichtigkeit, daß sich Pohl für das Abendbrot vom Bahnwärter ein Messer leih, dieses aber wieder zurückgab. Das gleiche sagt auch der Bahnwärter aus. Ida Hornig, die Pohl um 8 Uhr verließ, erfuhr um 1 Uhr nachts, daß er verhaftet sei.

Unter allgemeiner Spannung erfolgt die Vernehmung des Kriminalrats Damzog.

Sie ergibt die bemerkenswerte Tatsache, daß die Kriminalpolizei nicht Pohl, sondern Schieweck für den Täter hält!

Die Beschreibung des Täters, die die Hauptbelastungszeugin gegeben habe, treffe sowohl auf Pohl, als auch auf Schieweck zu. In den Aussagen der Belastungszeugen seien nicht nur Widersprüche, sondern auch

suggestive Beeinflussung

durch die Hauptbelastungszeugin Lerch festzustellen. In den Aussagen der Lerch schließlich mache sich

eine ständige Steigerung bemerkbar.

Habe sie zuerst geäußert, „das kann kein anderer sein als der Mokka-Louis“, so bekundete sie schon bei ihrer nächsten Vernehmung, sie hätte gesagt: „Das ist ja der Mokka-Louis“, als sie aus dem Nebenzimmer auf den Flur stürzte. Ferner gab Schieweck bei seiner Vernehmung zum Kristen-Mord Dinge an,

die nur in der Begebenheit Schulz passiert sein konnten.

Er äußert z. B., er habe im Nebenzimmer vor der Tat sprechen gehört. Dieses Nebenzimmer spielt nur im Pohl-Prozeß eine Rolle. Und als Schieweck in das Mordzimmer der Schulz geführt wird, hat er sein Befremden über die veränderte Stellung des Liegesofas ausgedrückt, wovon nur ein Kundiger wissen konnte.

Eine frühere Zimmervermieterin Pohls stellt ihm ein gutes Zeugnis aus, sie behauptet nur, daß er einmal ihre Tochter mit Gewalt zwang, ihm zu Willen zu sein.

Von den drei Polizeibeamten, die man vernimmt, zieht der eine die belastende Aussage, daß sich Pohl nach der Tat an einer naheliegenden Pumpe die Hände gewaschen habe, zurück.

Eine entscheidende Wendung vollzog sich jedoch am Freitagabend. Er brachten den Lokaltermin im Mordhaus und den schlagendsten Beweis für die Unzulänglichkeit der Indizien, die gerade zu Pohls Verurteilung führten. Abwechselnd mußten zunächst Pohl, Schieweck und eine Versuchsperson die Gasse bis zum Mordhaus entlanggehen.

Und hier ergab sich, daß man bei der typischen Beleuchtung dieser Gassen die Personen nicht deutlich erkennen konnte.

Das entscheidende aber: Die Hauptbelastungszeugin Lerch, die seinerzeit den Pohl erkannt haben will, als er treppab flog, dabei stolperte und das Gesicht ihr zuwandte, erkannte Pohl nicht ein einziges Mal bei der genauen Rekonstruktion dieses Vorganges, obwohl er

in mehreren Fällen die Versuchsperson war.

Dabei bestätigt sich, daß Pohl als Täter für den Mord an der Schulz nicht in Frage kommt.

\*

Von dieser Ueberzeugung konnten auch die Verhandlungen am Sonnabend nicht ablenken, wobei der Doppelmörder Schieweck vernommen wurde.

Schieweck widerrief sein Geständnis!

Zur Zeit des Mordes will er mit einem Mädchen im Kino gewesen sein. Das Geständnis will er nur unter dem Druck des Untersuchungsrichters abgelegt und später wiederholt haben, mit der Absicht, auf Grund seines Geisteszustandes in eine Nervenheilanstalt zu kommen. Schieweck bestreitet sogar den Mord an der Sittendirne Kristen begangen zu haben (die Tat, wegen der er rechtskräftig zum Tode verurteilt worden ist.). Bei den eindringlichen Vorhaltungen des Staatsanwalts verwickelt sich Schieweck dann in Widersprüche.

Er will nämlich sein Geständnis widerrufen haben, nachdem er erfahren hätte, daß die Hauptbelastungszeugin Frohner einen anderen Täter angegeben habe. Diese Frau habe er nicht meineidig machen wollen. Bei dieser Darstellung bleibt Schieweck bis zum Schluß seiner Vernehmung.

Kriminalrat Damzog, der dann zum zweiten Male vernommen wird, wiederholt,

die Kriminalpolizei könne nicht an die Täterschaft Pohls glauben,

da bei ihm jeder Anlaß zur Tat fehle. Es sei unwahrscheinlich, daß ein Sittensmädchen, dem die völlige Mittellosigkeit Pohls bekannt gewesen sei, Pohl mit in ihre Wohnung genommen habe. Kriminalrat Damzog hebt besonders die Aussage einer Zeugin hervor, die die Schulz an dem Mordtage mit Schieweck zusammen gesehen hat und sich darüber wunderte. Schieweck sei ein Sexualverbrecher, der die Tat wahrscheinlich in einem Rauschzustand begangen habe und sich nur langsam wieder an die Vorgänge erinnern könne. Sein Aufenthaltsnachweis für den Mordabend sei vollkommen mißglückt.

Kriminalkommissar Dr. Schäfer unterstrich die Aussagen des Kriminalrates Damzog.

Das Geständnis Schiewecks sei nicht anzuzweifeln.

Justizoberwachmeister Scholz schildert, wie sich Schieweck ihm gegenüber im Untersuchungsgefängnis ganz eingehend über seinen Besuch bei der Schulz äußerte. Er habe einmal gesagt, es sei doch zwecklos zu leugnen, denn er sei von der Kriminalpolizei der Tat überführt.

## Schieweck will die Wahrheit sagen

Breslau, 11. Januar.

Die Weiterverhandlung im Mordprozeß Pohl wurde heute auf Mittwoch vertagt. Der Doppelmörder Schieweck erklärte, er wolle am Mittwoch in einer umfassenden Aussage den wirklichen Sachverhalt schildern.

\*

Das Urteil gegen Pohl stütze sich auf eine Kette von Indizien. Der Wert dieser Indizien ist nun erhellt. Der damalige Untersuchungsrichter, Landesgerichtsrat Ullmann, freilich, der ebenfalls als Zeuge vernommen wurde, steht noch heute auf dem Standpunkt, er habe keine Veranlassung, an jenen Aussagen zu zweifeln. Dieser typische Vorkriegs-assessor soll uns darum noch eingehender beschäftigen. Wir setzen den Bericht über den Verlauf und den Ausgang des Prozesses, der nicht nur die gesamte Öffentlichkeit interessiert, sondern auch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Rechtsprechung der bürgerlichen Justiz und auf die soziale Situation in den „malerschen“ Dörnen- und Elendsquartieren Breslaus wirft, in den nächsten Nummern der „SAZ“ fort.

## Noch immer Beweisaufnahme Im Calmette-Prozeß

Eigener Bericht der „SAZ“

H. F. Lübeck, 11. Januar.

Die 12. Verhandlungswoche, d. h. das alte Jahr schloß mit dem durch die Nebenklage geäußerten Verdacht, daß vor der allgemeinen Einführung des Verfahrens Kinder heimlich geimpft worden sind. Das Kind Jutta Hinz, das an eben diesem Prozeßtag in Rensefeld starb, soll im Dezember 1929, ebenso wie das Kind Griese, geimpft worden sein. — Die 13. Verhandlungswoche begann mit einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Elternvertreter Dr. Wittern. Das war weniger erschütternd. Erschütternd aber war der Protest der Elternschaft gegen Prof. Kleinschmidt, der meinte, die armen, dahinsiehenden Kinder hätten keine Schmerzen aushalten müssen. Väter und Mütter traten vor und schilderten die Leiden ihrer Kleinen. In dem Schlußgutachten griff Prof. Much die Lübecker Gesundheitsbehörde scharf an; Sachverständiger Dr. Schmincke erlob wieder scharfe Anklage gegen die Fahrlässigkeit der leitenden Aerzte. Der Mittwoch brachte etwas Furchtbares an den Tag: Im Lübecker Krankenhaus sind Leichenteile der seziierten Calmette-Kinder vertauscht worden. Der Leichenidiener Wehrendt sagte, im Leichenhaus seien noch Organe der Kinder. Prof. Schürmann habe einen ganz anderen Darm zur Untersuchung bekommen als den des betreffenden Kindes. „Im Leichenhaus herrschen scheinbar dieselben Zustände wie im Laboratorium“, sagte Dr. Wittern.

Am Donnerstag wurde gestritten, ob der Zeuge Oberarzt Dr. Jannasch vereidigt werden solle. Der Staatsanwalt sprach für Vereidigung. Die Erfordernisse für Mittäterschaft lägen nicht vor. Beihilfe gibt es bei fahrlässiger Handlung nicht. — Dr. Wittern

wünscht keine Vereidigung. Vielleicht käme für den Angeklagten Dr. Altstädt nicht nur fahrlässige Handlung, sondern auch vorsätzliche Körperverletzung in Frage, so daß eine Teilnahmehandlung von Dr. Jannasch juristisch möglich wäre. — Das Gericht: Jannasch wird vereidigt. Dr. Frey sagte übrigens früher einmal, daß er niemand lieber glauben würde als Dr. Jannasch.

Das Gericht fängt an, zu reisen. Prof. Friedberger kann krankheits halber nicht nach Lübeck kommen. Darum wurde er in Berlin durch Landgerichtsrat Staunau vernommen. Er bekannte sich als absoluter Impfgegner. Das Calmette-Verfahren wurde von ihm als nicht wirksam, ja als nicht unschädlich bezeichnet. Das Lübecker Laboratorium unterzog auch er einer harten Kritik. Hans Schmincke nannte in dieser Woche das Calmette-Verfahren einmal einen „wahnwitzigen Unfug“. — Aber es geht ja prozessual gar nicht mehr um den Wert des Calmette-Stoffes, sondern um das, was in Lübeck geschah, also um die Verwechslung des Calmette-Mittels mit menschlichen Tuberkelbazillen!

## Typhus-Epidemie in Orleans

Paris, 11. Januar.

In Orleans ist eine schwere Typhus-Epidemie ausgebrochen. Die Ursache der Seuche konnte von den Gesundheitsbehörden noch nicht ermittelt werden. Bis zum Sonntagabend wurden insgesamt 50 Schwerekrankte verzeichnet. Auch in Paris macht der Typhus, dem auch der Kriegsminister zum Opfer gefallen ist, weitere Fortschritte. In der Presse werden Warnungen vor dem Genuß ungekochten Wassers veröffentlicht.

## Rußland arbeitet!

Amerikanische Arbeiter nach Rußland.

Moskau, 11. Januar.

Die „Amtorg“ hat 1000 amerikanische Arbeiter für die russische Industrie angeworben. Die Arbeiter sollen in russischer Währung die Löhne ausbezahlt erhalten. Sie verpflichten sich, drei Jahre in der Sowjetunion zu bleiben.

Steigende Ausfuhr.

Riga, 11. Januar.

In den letzten Tagen ist ein merkliches Steigen der russischen Transitsendungen über Lettland zu beobachten. Gegenwärtig treffen täglich etwa 100 Waggon Transitswaren, hauptsächlich Flachs und Holz, aus Rußland in Lettland ein.

Neue Kohlenvorkommen in Sibirien.

Wie aus Leningrad berichtet wird, ist eine Expedition der Akademie der Wissenschaften, die zur Erforschung und zu kartographischen Aufnahme an der Mündung des Lena-Flusses in Sibirien weilte, zurückgekehrt. Die Expedition hat große Flächen jener Gegend kartographisch aufgenommen und dabei auch neue reiche Kohlenvorkommen entdeckt.

## 34 Millionen Einwohner in Polen

Warschau, 11. Januar

Wie dem Krakauer Illustrierten Kurier gemeldet wird, soll eine vorläufige Berechnung des Volkszählungsergebnisses für Polen eine Gesamtbevölkerungszahl von 34 Millionen erbracht haben.

Theaterdirektor Jarno gestorben

Der Wiener Schauspieler und Theaterdirektor Joseph Jarno ist am Montag nach kurzer schwerer Erkrankung an Grippe im 66. Lebensjahr verstorben. Jarno war mit der Wiener Schauspielerin Hansi Niese verheiratet.

Was sagt der Bär?

JUNO

6 Stück 20

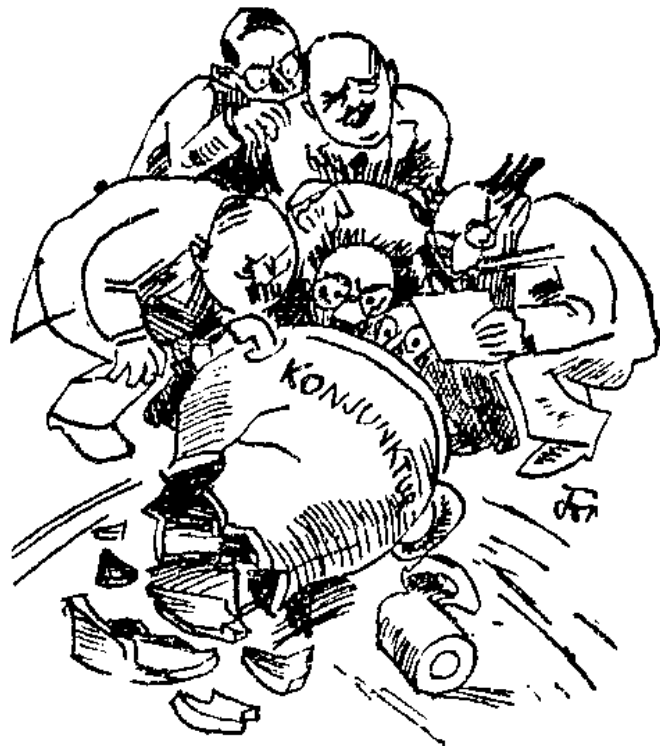
Berlin raucht Juno!

JOSEPH JUNO

JOSEPH JUNO

## Die Parole der Revolution

Entschließung des SJV Groß-Berlin



### Kulturreaktion in Not

Am 10. Januar hielt der preußische Minister für Kunst und Wissenschaft einen Vortrag auf der Deutschen Welle, Thema „Kultur in Not“. — Was der Rundfunk durch die Wiedergabe dieses Vortrages treffend bewies, Herr Genosse Dr. Grimme „nahm Stellung“ zu dem Abbau der kulturellen Leistungen des Staates und beleuchtete ihn mit maßvoller Trauer. Der Zuschuß für die Museen beträgt für 1932 ungefähr die Hälfte von dem, was 1913 dafür ausgegeben wurde, außerdem wird Preußen für den Beginn der nächsten Spielzeit zwei Drittel seiner staatlichen Theater schließen. Vom Schulabbau gar nicht zu reden. Auch erkannte Herr Dr. Grimme wohlwollend an, daß sie durch den Abbau der kulturellen Leistungen des Staates arbeitslos gewordenen Künstler nicht eben die besten Zukunftsaussichten hätten, und daß die kulturelle Notlage auch alle anderen Schichten des Volkes hart belastet und zu einer Gefahr werde. Aber gleichzeitig liefert Grimme den ideologischen Ueberbau zu Tarnows wirtschaftlichem Fundament: der Kulturreaktion ist notwendig, damit wir „mit einem zwar schmerzhaft aber ehrlich ausgeglichenen Etat in Lausanne erscheinen können“ — damit genügend Mittel zur Ankerbelugung der bankrotten Wirtschaftssysteme vorhanden sind.

Deshalb ist es notwendig, die Kulturgüter eines Staates abzubauen: damit man eine offenbar bankrotte Wirtschaft mit Milliardenzuschüssen subventionieren kann, damit ein schlagfertiges Bürgerkriegsbeere bereit steht, damit die Geburt einer sozialistischen Planwirtschaft weiter hinausgeschoben wird, die allein Ordnung in das Chaos bringen könnte. Das sind die wahren Hintergründe der kulturellen Notlage. B.

### Das neue Heft der Monatschrift „Der Klassenkampf“

Das erste Heft des Jahrgangs 1932 ist dieser Tage erschienen. Es enthält einen grundlegenden Artikel von Max Adler, „Der Weg zum Sozialismus“, worin der revolutionäre Charakter der proletarischen Bewegung aufgezeigt wird. Ferner untersucht J. de Kaadt (Holland) die Frage, wie das Programm einer revolutionären sozialistischen Partei aussehen müsse. Sternberg stellt die Verschärfung der Krise dar, und zieht daraus den Schluß, daß auch ein verschärfter Kampf gegen den Faschismus notwendig sei. Klaus Zweiling behandelt grundsätzlich die Frage des Rätestaates. Fritz Lewy wendet sich gegen die „Kinderkrankheiten des Radikalismus“ in der SAP und versucht die Unterschiede der Taktik bei der Machtbehauptung zu klären. Otto Kaufmann behandelt in einem Diskussionsartikel den Stand der internationalen sozialistischen Währungsdiskussion.

Dem sehr anregenden und zur Diskussion in der Partei durchaus geeigneten Heft liegt eine neue Nummer des „Schulungskurs“ bei, in der die wirtschaftliche und soziale Konzentration in Deutschland mit einem reichen Zahlenmaterial zur Beurteilung der Aussichten der sozialen Revolution gegeben ist. Das Heft ist zum Preise von 45 Pfg. durch alle Kolporture, Buchhandlungen oder durch die Postanstalt oder direkt von der Freien Verlagsgesellschaft Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 67, zu beziehen.

In der Bezirkskonferenz des SJV Groß-Berlin am Sonntag wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die wirtschaftliche und politische Lage aller hochkapitalistischen Staaten, insbesondere Deutschlands, ist durch die außerordentliche Zuspitzung der Widersprüche und Gegensätze des kapitalistischen Systems gekennzeichnet. Die Entwicklung der Produktivkräfte hat einen hohen Reifegrad erreicht und stößt überall an die Schranken kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterklasse kann jederzeit vor die Frage des Kampfes um die Macht gestellt werden. Die Partei des Proletariats muß daher politisch und organisatorisch den Anforderungen des revolutionären Kampfes entsprechen.

Die Politik des Reformismus war die Politik der Stützung des kapitalistischen Wiederaufbaues. Sie half die Voraussetzungen für die heutige faschistisch-diktatorische Machtentfaltung der Bourgeoisie schaffen, indem sie durch die illusionäre Linie der demokratisch-parlamentarischen und der wirtschaftsdemokratischen Mächtüberhebung die Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes preisgab. Die Kampfkraft der Massen lähmte und damit die Machtentfaltung der Bourgeoisie förderte. Je mehr aber die herrschende Klasse durch den diktatorischen Ausbau ihrer Machtpositionen der Notwendigkeit enthoben wird, dem ohnmächtigen Reformismus irgendwelche Zugeständnisse zu machen, desto mehr schreitet auch die Einsicht in den Arbeitermassen fort, daß nur der revolutionäre Angriff auf das kapitalistische System eine entscheidende Aenderung ihrer Lage bringen kann.

Die Ueberwindung des Reformismus ist die Voraussetzung der Herstellung der Kampffähigkeit der proletarischen Bewegung. Die SAP und der SJV als revolutionäre Organisationen müssen daher alle reformistischen Illusionen über Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaft, Völkerbund usw. überwinden helfen. Klar und konsequent muß die SAP und der SJV zu den Tagesfragen und Fragen der Ueberwindung des kapitalistischen Systems Stellung nehmen.

Durch die fortschreitende Verschärfung der Klassegegensätze und die gesteigerte Revolutionierung des Bewußtseins der Massen, tritt die moderne Arbeiterbewegung in das Stadium umfassender revolutionärer Kampfhandlungen. Das hervorragendste Kampfmittel des revolutionären Proletariats ist der Massenstreik, der in seiner Weiterentwicklung schließlich zur entscheidenden Klassenauseinandersetzung im Kampf um die Macht, zum bewaffneten Aufstand überleitet wird.

Das erste Ziel der proletarischen Revolution ist die Errichtung der proletarischen Diktatur zum Zweck der Sicherung des sozialistischen Aufbaus der Gesellschaft. Die Erhaltung der Macht ist ohne Zerschlagung des für die kapitalistische Herrschaftsbedürfnisse geschaffenen bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch den proletarischen Staatsapparat unmöglich. Entsprechend den Grundsätzen einer proletarischen Demokratie, die das tatsächliche Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Massen herstellt, ist die Neuorganisation der Gesellschaft in der Uebergangsperiode auf der Grundlage des RäteSystems in Angriff zu nehmen. Die Doppelaufgabe des wirtschaftlichen

Aufbaus und der Ausübung der politischen Macht verlangt den doppelseitigen Aufbau der Räte als Wirtschafts- und als politische Räte. In ihnen ist die proletarische Gesetzgebung und die proletarische Exekutive in einer Hand vereinigt.

Die Voraussetzung für die Errichtung der proletarischen Diktatur ist die Einigung des Proletariats. Die SAP und der SJV müssen organisatorisch die Möglichkeiten einer solchen Einheitsfront der proletarischen Klassen schaffen.“

### Zur Frage antifaschistischer Kartelle

wird gleichfalls eine Resolution angenommen; sie lautet:

„Die steigende Welle des Faschismus ist aus einer ideologischen Gefahr zu einer unmittelbaren Gefahr für die arbeitende Klasse geworden. Die faschistische Gefahr droht mit dem offenen Terror, dem Bürgerkrieg zur Machtergreifung des Faschismus. Es mehrten sich die Tendenzen, die faschistische Bewegung zu legalisieren. Die Verhandlungen der nationalsozialistischen Parteiführer mit Brüning und anderen Funktionären der Republik sind schon die Anfänge einer offenen Anerkennung des Faschismus.

Demgegenüber muß die klassenbewußte Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf sonstige taktische Differenzen eine gemeinsame antifaschistische Front formieren.

Bei der heutigen Zerrissenheit der deutschen Arbeiterschaft ist es unmöglich, in kürzester Zeit alle antifaschistischen Kräfte unter die Führung einer einzelnen Partei zu konzentrieren. Die proletarischen Organisationen müssen dazu übergehen, in gemeinsamen antifaschistischen Kartellen und Veranstaltungen die werktätige Bevölkerung gegen den Faschismus zu mobilisieren.

Im gegenwärtigen konkreten Kampf gegen die faschistische Gefahr muß die Arbeiterbewegung klassenbewußt genug sein,

das Klasseninteresse der Arbeiterschaft über das Interesse irgendeiner Partei zu stellen.“

### Dortmund appelliert an Preußen

Die Stadt Dortmund hat an den preußischen Minister des Innern sowie an eine Reihe von Reichs- und Staatsbehörden eine Eingabe gerichtet, in der die Vorgesichte der Notlage Dortmunds und die jetzt daraus erwachsenden Folgen geschildert werden. In der Eingabe heißt es: Dortmund befindet sich bereits seit einigen Jahren in einer von ihr nicht verschuldeten besonderen Notlage. Wenn uns nicht bald ausreichende Hilfe kommt, werden wir demnächst nicht mehr in der Lage sein, die Unterstützungen, Löhne und Gehälter voll zur Auszahlung zu bringen. Der Zuschuß für das Wohlfahrtswesen beträgt im Rechnungsjahr 1931 rund 39 Millionen RM.; das sind vier Fünftel des gesamten Steueraufkommens. Gegen Schluß des Jahres und im nächsten Jahre wird das gesamte Steueraufkommen von den Wohlfahrtslasten aufgezehrt werden.

### Im Institut für Konjunkturforschung

ist neuerdings ein beachtlicher Umschwung in der Betrachtung der Wirtschaftslage eingetreten. In seiner letzten Veröffentlichung zeigt sich weder Silberstreif noch Morgenrot. Die erfahrenen Wirtschafts-Experten des Instituts scheinen in ihrem unermüdeten Konjunkturforschungseifer zu der Auffassung vorgedrungen zu sein, daß der Topf doch nicht mehr ganz ganz sei.

### Briefkasten

Leser in Hamm: Du schickst uns eine aus den Familiennachrichten des nationalsozialistischen Lokalkampfblatts ausgeschnittene Anzeige, aus der hervorgeht, daß die Ehefrau Magda des Nazi-Gauleiters von Berlin, Dr. Joseph Goebbels, eine geborene Ritschel sei, und fragt dazu, welcher Name denn nun der rechte sei, denn die „SAZ“ habe doch Herrn Goebbels als mit einer geborenen Friedländer aufgegeben gemeldet.

Deine Frage ist berechtigt, und Dir soll Antwort werden. Hitlers Landpfleger in Berlin hat zwar eine wahrhaft geborene Ritschel gehehelt. Aber Frau Magda ist aufgewachsen und großgezogen worden im Hause des Kaufmanns Friedländer, eines Mannes von Vermögen und Gaben, über dessen rassische Herkunft allerdings kein Zweifel ist. Mit Herrn Friedländer war die Mutter der jetzigen Frau Dr. Goebbels elf Jahre ehelich verbunden.

Neugieriger: Du fragst, was aus dem Mörder Horst von Pflugk-Hartung geworden ist, dem Mörder Karl Liebknechts, den die Schweden aus ihrem Lande als lästigen Ausländer abgeschoben, als aufkam, daß er mit gestohlenen Waffen gute Geschäfte gemacht und eine faschistische Kampforganisation ausgerüstet habe?

Deine Neugier kann befriedigt werden. Doch zunächst eine Gegenfrage! Wo kann in Deutschland ein Mörder Unterschlupf finden? Die Antwort muß unbedingt lauten: In München, bei der Reichsleitung der Nazi-Partei. Dort ist in der Tat Herr Mörder von Pflugk-Hartung gelandet. Hitler hat ihn auf seine Reichsrednerliste gesetzt, und der Mann mit dem besudelten Namen und den besudelten Händen wird nun auf neue Opfer losgelassen.

Ist Deine Neugier nun befriedigt?



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

### 18. Fortsetzung

„Es ist mir nicht unbekannt, Herr Strong, daß auch jetzt Verhandlungen zwischen dem Strong-Syndikat und dem Stahltrust wegen einer neuen Finanzierung stattfinden.“

Herr Strong weist dem obskuren jungen Mann noch immer nicht die Tür. Es ist besser, zu wissen, was dieser Mensch alles in Erfahrung gebracht hat. Man kann dann leichter mit ihm fertig werden.

Herr Fish glaubt schon, gesiegt zu haben. Er blättert weiter in den Briefen, um Herrn Strong zu zeigen, daß er auch über dessen Familienverhältnisse gut orientiert sei.

„Bill“ — das ist Marjories Bruder und Herrn H. W. Strongs einziger Sohn — „kam heute vollkommen blau nach Hause, das heißt, er wurde von der Polizei nach Hause gebracht. Vater hat die guten Leute mit einem netten Trinkgeld weggeschickt. Wir können solche überflüssigen Skandalchen nicht gebrauchen.“

„Ich verstehe überhaupt nicht, wie Vater Mutter heiraten konnte. Ich kann mir keinen kleineren Menschen vorstellen. Sie ist glücklich, wenn sie ein Dienstmädchen drei Tage umsonst in ihrem Hause gehabt hat. Wenn die Mädchen davonlaufen, wird ihr Lohn mit so viel Schikanen zurückgehalten, daß sie lieber auf ihn verzichten. Heute hat Mutter drei Laib Brote von ihrer großen Wohltätigkeitssammlung nach Hause schicken lassen.“

Herr Fish faltet jetzt die Briefe zusammen und hält das Päckchen fest in der Hand, auf das Herr Strong so bezeichnend blickt, daß es Herrn Fish räumlich erscheint, es eiligt und

sorgsamst wieder in seine Brusttasche zu versenken.

„Glauben Sie mir, Herr Strong, Ihre Zustimmung zu dem Entwurf, den ich Ihnen vorgelegt habe, könnte die ganze Angelegenheit aufs erfreulichste aus der Welt schaffen.“ Herr Strong nimmt Haltung an.

„Ich glaube Ihnen gern, daß Ihnen ein solches Aus-der-Welt-Schaffen recht erfreulich wäre. Aber mir liegt daran durchaus nichts. Sie leiden an Größenwahn, wenn Sie annehmen, Sie könnten mir schaden.“

„Wie sollte ich nicht an Größenwahn leiden“, erwidert Herr Fish mit einem etwas ironischen Tonfall, „wenn ich den Vorzug genießen habe, von Marjorie Strong ausgezeichnet worden zu sein, — der Tochter eines so großen Mannes, wie Sie es sind, Herr Strong.“

Herr Fish machte eine devote Verbeugung. Herr H. W. Strong blickt kühl und wortlos über den gekrümmten Rücken hinweg.

„Ich kann es Ihnen nicht verhehlen, Herr Strong, daß ich Sie bewundere. Sie haben Ähnlichkeit mit den großen Renaissancegestalten, die ohne Rücksicht auf kleinliche Moralgesetze ihrem Ehrgeiz lebten, herrschten und Macht ausübten.“

Herr H. W. Strong, noch mit der Brille an der Nase, mit dem Anzug, der aussieht, als hätte er ihn von der Stange in der 13. Straße gekauft, blickt geschmeichelt zu Herrn Fish hinüber.

Doch dieser junge Mann sollte sich hüten, anzunehmen, daß er mit derlei Redensarten etwas bei ihm erreichen könnte. Keinen Cent.

Dieser Typ wird gefährlich, wenn man ihm auch nur eine Scheidemünze hinwirft.

„Sie, Herr Strong, stehen über der Masse, Sie gehören zu den wenigen Menschen, die die Möglichkeit haben, unsere heutige Welt zu übersehen. Sie wissen mehr, Sie können etwas über die Zukunft ahnen. Aber ich bin auch sicher, daß Sie sich von dem großen Publikum nicht in die Karten sehen lassen möchten.“

„Junger Mann, empfinden Sie denn keine Scham, wenn Sie über sich selbst nachdenken?“

„Scham? Ueber mich selbst nachdenken? Warum sollte ich das tun? Es gibt so viel Wichtigeres, über das ich nachdenken kann. Sie vergessen nie die Moral, Herr Strong, auch dem gegenüber nicht, der doch Gelegenheit hatte, in Ihre Karten zu schauen.“

„Heruntergekommener Erpresser“, murmelt Herr Strong vor sich hin. Er entläßt den obskuren jungen Mann nur aus dem Grunde noch nicht, weil er nun einmal den Grundsatz hat, keine Gelegenheit vorbeigehen zu lassen, seine Feinde kennenzulernen.

Herr Fish lacht, obgleich er eigentlich ärgerlich ist. Ihm liegt nicht viel an einer langen Auseinandersetzung, ein Scheck ist ihm lieber. Er findet es unerträglich, Beleidigungen von einem Manne einzustecken, dessen Charakter und Treiben er eben enthüllt hat.

„Haben Sie eine Stellung, wo arbeiten Sie?“ examinierte Herr Strong.

Das ist wirklich stark! H. W. will ihn etwa noch aushorchen, ihm moralische Vorhaltungen machen.

„Herr Strong, ich bin einer von den hunderttausenden jungen Männern, die einst Legionäre waren, Mitglieder der amerikanischen Ueberseesarmee. Es ist zum Teil sogar Ihr Verdienst, Herr Strong, daß ich mich beteiligt habe, ein Held zu werden.“

Herr Strong blickt mit strengem Gesicht auf seine Uhr.

Herr Fish läßt sich nicht einschüchtern. „Sie sind es, Herr Strong, der Näheres über mich erfahren will, ich will Ihnen meine Lebensgeschichte nicht vorenthalten. Ich habe

meine Jugend in Little Rapids, Ohio, verlebt, war Gehilfe in der 2355. Filiale der ‚Kolonialwarengesellschaft zwischen den Ozeanen‘ und verkaufte den ganzen Tag Konserven, Heringe und Haferflocken. Abends schaukelte ich auf der Veranda. Der Sonntagvormittag war für den Kirchenbesuch vorgesehen, nachmittags ging ich zum Baseballmatch, als Zuschauer natürlich nur. Im Jahre 1918 war ich 19 Jahre alt. Ich muß offen gestehen, daß ich darüber, was auf der anderen Seite des Ozeans geschah, nicht viel nachdachte. Damals aber wurden wir jungen Männer nachdrücklich auf unsere Pflichten der Menschheit gegenüber aufmerksam gemacht, sowohl von der Kanzel herab, wie auch in den Spalten der Zeitungen. Ja, sogar in den Katalogen unseres Kolonialwarenhauses wurden wir zwischen dem Preisverzeichnis für Konserven und den sonnengeküßten Apfelsinen gefragt: ‚Junger Mann, warum bist du noch nicht in der Armee?‘ Man ermahnte uns, daß es unsere Pflicht sei, drüben Ordnung zu schaffen, für den ‚letzten Krieg‘ zu kämpfen.“

Herr Strong machte eine ungeduldige Gebärde.

Herr Fish übersieht sie, er spricht weiter.

„Ihre Propaganda leuchtete uns jungen Männern ein. Ordnung zu schaffen! — das schien so einfach und schön. Ich will Ihnen gestehen, daß ich mir den Kriegsschauplatz drüben wie einen durcheinandergeratene Kolonialwarenladen vorgestellt habe. Unsere Aufgabe war, so dachte ich, alles wieder dahin zu tun, wohin es gehörte. Das Verdorbene wegwerfen, das Gute aufheben — und die Ordnung war geschafft. Leider stellte es sich heraus, daß alles nicht so einfach war, und es mußten uns auch Zweifel aufsteigen, ob wir tatsächlich den ‚letzten Krieg‘ ausfochten.“

„Soweit ich Sie verstehe, gehören Sie zu den Unglücklichen, die sich den Friedensverhältnissen nicht anpassen können.“

„Ganz im Gegenteil, ich gehöre zu denjenigen, die das, was Sie ‚Friedensverhältnisse‘ nennen, durchschauen. Sie meinen, ich hätte wieder zurückgehen sollen nach Little Rapids, Heringe verkaufen?“ (Fortsetzung folgt)

## Frankfurt a. M.

Aus der Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Hauptausschuss mit verschiedenen Anträgen und Magistratsvorlagen. Für die Jahresrechnung 1929 wurde Entlastung erteilt. Die Rechnung für das Jahr 1929 soll noch im Unterausschuss geprüft werden. Es wurde einem Magistratsantrag zugestimmt, der Erneuerungarbeiten bei den Städtischen Elektrizitätswerken vorsieht. Es soll so zuzuschüssige Arbeit beschäftigt werden. Die Subvention für die Südwestdeutsche Luftverkehrs-A.-G. kann — laut Magistratsantrag — für das Jahr 1931 nicht gekürzt werden. Ein Antrag des Hauptausschusses verlangt vom Magistrat, der Luftverkehrs-A.-G. mitzutheilen, daß für das Jahr 1932 keine Subventionen mehr bewilligt werden. Der Mieterschutzverein verlangte in einer Eingabe die Auflösung der Rechtsauskunftsstelle. Der Vorschlag wurde mit Rücksicht darauf, daß die Rechtsverhältnisse zwischen Mietern und Vermietern heute recht unklar sind, abgelehnt.

**Werden die Straßenbahntarife gesenkt?** Es schweben schon längere Zeit Verhandlungen zwecks Senkung der Straßenbahntarife. Die bisherigen Vorschläge wurden von dem Reichskommissar für Preisüberwachung abgelehnt. Sie berücksichtigten nur die Minderausgaben, soweit sie durch den völligen Erlaß der Beförderungsteuer entstehen. Der Reichskommissar stellt sich auf den Standpunkt, daß die Beförderungsteuer für Straßenbahnen nur dann erlassen werden könne, wenn die Minderausgaben der Stadt an Löhnen und Gehältern bei der Senkung der Straßenbahntarife berücksichtigt würden. Magistrat und Verkehrsdeputation arbeiten neue Vorschläge aus.

**Rückgang des Fremdenverkehrs.** Man rechnet für das Jahr 1932 mit einem wesentlichen Rückgang des Fremdenverkehrs. Eine Reihe von Tagungen und Kongressen, die bereits für Frankfurt a. M. angekündigt waren, fallen aus. Dem Verkehrsverein lagen sonst um diese Zeit schon zahlreiche Anmeldungen vor. In diesem Jahr kann er fast nur mit Aussagen aufwarten.

**Probleme der unverheirateten Frau.** Ueber dieses Thema sprach im Rahmen der Vorträge der Ausstellung „Frauen in Not“ Frau Dr. Lande. Sie sagte, die unverheiratete Frau müsse oft genug den normalen Geschlechtsverkehr entbehren. Darunter leide sie. Im Gegensatz zu ihr leide die verheiratete Frau oft genug unter übermäßigem Geschlechtsverkehr. Das sei nicht weniger quälend. Die unverheiratete Frau sei weiter von dem traurigen Geschick betroffen, auf die Mutterschaft verzichten zu müssen, sowie auf das dauernde Zusammenleben mit dem Manne, während umgekehrt die verheiratete Frau in vielen Fällen das ständige Zusammenleben als ein Joch empfindet, besonders dann, wenn der Mann alle Selbstständigkeitsregungen der Frau zu ersticken versucht. Frau Dr. Lande stellte die Frage: Wie ist der Not der Frau zu begegnen? Oft genug führe die erzwungene Enthaltsamkeit zu krankhaften Veränderungen. Deshalb sei es das Beste, wenn die ledige Frau ein Verhältnis einginge. Doch vor einem häufigen Wechsel sei zu warnen. Es besteht in solchen Fällen in erhöhtem Maße die Gefahr geschlechtlicher Infektion. Die Referentin meinte, wo normaler Geschlechtsverkehr nicht möglich sei, solle die Frau ruhig zur Selbstbefriedigung greifen. Viele Frauen fänden in der Berufsfreude einen Ausgleich für den mangelnden Geschlechtsverkehr. Doch unter den acht Millionen unverheirateten Frauen sei das nur einem geringen Bruchteil möglich.

„Der brave Sünder“. Im Gloripalast läuft der Film „Der brave Sünder“. Zwei bedeutende Köpfer wirkten bei der Herstellung mit. Fritz Kortner als Regisseur und Max Pallenberg als Hauptdarsteller. Die Darstellung Pallenbergs ist ohne Zweifel eine Höchstleistung. Wie Pallenberg diesen verknöcherten Bürokraten darstellt, im Dienst bis auf dem Punkt über dem „i“ genau, seinen Untergebenen gegenüber ein unerbittlicher

## Dafür wollen wir kämpfen!

Tausende von Arbeitern stehen vor dem nackten Elend. Tausende von Angestellten und Beamten sind tief unzufrieden. Hunderttausende murren und wollen Schluß mit der bestehenden kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung. Aber sie stehen führerlos da. Sie wissen nicht, welche Mittel des Klassenkampfes jetzt angewandt werden müssen. Die Sozialdemokratie hat sie betrogen und verraten. Die will den Klassenkampf nicht. Sie kuscht vor allen Forderungen der Bourgeoisie um der Futterkrippen in Staat und Gemeinde willen. Sie will auch die Brüning-Diktatur weiter unterstützen, ohne Rücksicht darauf, daß Millionen Proletarier Not und Elend erleiden. Von dieser Seite kann dem Proletariat die Herstellung dieser einheitlichen Kampffront ist aber das Gebot der Stunde. keine Hilfe kommen. Die KPD erfüllt die Aufgabe der Sammlung des Proletariats auch nicht. Eine falsche Einschätzung der Klassenkräfte läßt sie eine völlig falsche Politik machen (RGO). An die Stelle zielbewußter, klarer Massenpolitik tritt nur zu oft die revolutionäre Phrase. Die KPD isoliert durch diese Politik ihre Mitglieder von den proletarischen Massen. Durch die Theorie vom Nationalsozialismus verwirrt sie die Arbeiter und leitet Wasser auf die Mühlen der Faschisten. Ihre Theorie vom Sozialfaschismus ist ein Hindernis der Herstellung einer einheitlichen Kampffront des Proletariats. Ueber alle Differenzen und Parteigrenzen hinweg muß sich die Arbeiterschaft zum Kampf zusammenschließen in einer Kampfgemeinschaft gegen Reaktion und Faschismus. Die Kampfgemeinschaft gegen Reaktion und Faschismus soll keine neue Partei sein. Sie soll eine Gemeinschaft bilden, in der sich alle Arbeiter für nahegelegene Klassenziele des Proletariats vereinigen. Die herrschenden Klassen werden vor eurem entschlossenen Kampfwillen zurückschrecken. Sie werden das Aeußerste aufbieten, um, wie bisher, alle Lasten der Krise der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft und alle Folgen des verlorenen imperialistischen Krieges euch, den werktätigen Massen, aufzuhalten. Nur auf eure Kosten, zu euren Lasten, können sie den Ausweg aus der Krise finden. Damit das Kapital gedeihe, muß die Arbeiterklasse verkümmern und verelenden. Darum müßt ihr bereit sein, den Kampf um die Erleichterung eurer Lasten auszuziehen

zum Massenkampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem und den bürgerlichen Staat zum Sieg der proletarischen Revolution. Zu diesem großen Ziel führt der Kampf um die Kontrolle der Produktion und die entschädigungslose Enteignung der Betriebe. Die nächsten gemeinsamen Kampfziele aller Arbeiter sind:

1. Die Beseitigung aller Notverordnungen.
2. Der Sturz der Brüning-Regierung.
3. Die Belastung der Besitzenden mit den Lasten der Wirtschaftskrise und des Young-Planes, Steuer- und Zollentlastung der Werktätigen. Ein Notopfer der Besitzenden von mindestens zwei Milliarden für die Erwerbslosen.
4. Streichung der hohen Beamtengehälter und Pensionen, der Subventionen an die Industriellen und Großagrarien. Streichung aller Rüstungsausgaben.
5. Auf Grund dieser Mittel Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen.
6. Gesetzliche 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich.
7. Abwehr aller Angriffe auf die Sozialpolitik, ausreichende Sicherung der Existenz aller Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner.
8. Entschuldung, steuerliche Entlastung der Gewerbetreibenden und Kleinbauern. Ausdehnung der Sozialpolitik auf diese Schichten.
9. Politischer Kampfeinsatz der Gewerkschaften zum Massenkampf gegen den Kapitalangriff.
10. Schaffung einer proletarischen Abwehrorganisation.

Es gilt jetzt, ohne Verzug, die ersten Schritte zu tun. Von unten auf, örtlich in Betrieben, Gewerkschaften usw. verständlich auch direkt über die nächsten Schritte zur Organisation des Kampfes! Arbeit hin auf das Zusammenarbeiten aller Arbeiterorganisationen! Nehmt die Organisation der proletarischen Abwehrorganisation in Angriff!

Ans Werk!

Joh. Triebeck.

Diktator zu Haus ein Hampel, und seinem Chef gegenüber ein Schleimer, das macht ihm so leicht keiner nach. Ueberflüssig, zu sagen, daß Pallenberg seinen Bürokraten von der komischen Seite her anfaßt. Trotz des bedeutenden Darstellungsvermögens — besser gesagt: wegen — hat der Film seine Mängel. Er ist zu breit angelegt. Die Regie ist zu sehr von der Erwägung bestimmt, Pallenberg Gelegenheit zu geben, sich von allen Seiten als Mimiker und Sprecher zu zeigen. Infolgedessen zu viel Monologe und Dialoge. Das wirkt streckenweise ermüdend. Pallenberg's braver Sünder ist die Karikatur des Kleinbürgers. Er kennt nichts als seinen Bürodienst, im übrigen ist er eine Null. „Bürodienst, das ist innerer Zustand“, sagt er an einer Stelle. Da kann er seine Untergebenen schurigeln, die Schalterkunden anschnauzen. Im Bürodienst fühlt er sich als Herrgott. Im übrigen trägt er ein Brett vor der Stirn. So lebt unser Oberkassierer schon 30 Jahre. Bis eines Tages der Herr Direktor erklärt, man könne sich auch auf den Oberkassierer nicht mehr verlassen. Das läßt sich unser Biederermann nicht gefallen. Er muß das Gegenteil beweisen. Der Herr Direktor ist im Begriff, mit dem Geld der Firma und einem hübschen Weibsbild abzudampfen. 7000 Mark fehlen noch. Der Herr Oberkassierer holt sie eigenhändig von der Bank. Er kommt zu spät. Der Direktor ist bereits mit dem Zug abgefahren. Die Scharte muß wettgemacht werden: gemeinsam mit seinem Bürogehilfen fährt unser Kassierer dem Herrn Direktor nach, immer die Tasche mit dem Geld unterm Arm. Unterwegs erleben sie allerhand Abenteuer. Zum Schluß werden sie um die 7000 Mark geneppt. Wie sie aus der Patsche herauskommen, wird nicht verraten. Wer es kann, sollte sich den Film ansehen.

In Fft. a. M.-Preungesheim fand die erste öffentliche Versammlung der SAP statt. Der Besuch war gut. Genosse Ohlhoff, Mainz, sprach über die Ziele der SAP. Die Debatter äußerten sich sämtlich im Sinne des Referenten.

In Frankfurt a. M.-Sossenheim sprach der Genosse Stierle. Etwa 90 Proz. der Zuhörer gehörten zur kommunistischen Partei. Die Versammlung verlief ruhig. Die Kommunisten ritten ihr altes Steckenpferd: Einheitsfront unter kommunistischer Führung. Die anwesende Schupo machte bei den Ausführungen des kommunistischen Redners Anstalten, einzugreifen, weil dieser ein Mitglied der Regierung beleidigt habe. Der Zwischenfall wurde beigelegt.

## Frankfurt a. M.-Nied

Einheitsfront marschiert. Am Freitag fand hier eine von SAP und KPD gemeinsam einberufene Versammlung statt. Das Thema lautete: „Wie ist eine einheitliche antifaschistische Kampffront möglich?“ Etwa 350 Personen waren erschienen, um die Ausführungen der beiden Referenten zu hören. Es sprachen für die SAP der Genosse Portune, für die KPD der Genosse Kuhn. Beide Referenten fanden lebhaften Beifall. An die Ausführungen der Referenten knüpfte sich eine sachliche Aussprache. Im Schlußwort

konnte es sich der kommunistische Referent nicht verkneifen, demagogisch zu werden.

## Groß-Wiesbaden

Unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung am 6. d. M. hatten wir zu einer kleinen Werbeveranstaltung erweitert, in der Genosse Ohlhoff, Mainz, über Entstehung und Ziele der SAP referierte. Zur Diskussion hatten wir die SPD und die KPD um Entsendung eines Redners gebeten. Während die KPD unserer Bitte entsprach, lehnte die SPD mit der Begründung ab, sie habe das nicht nötig. Auch hier zeigt sich die Verstocktheit der SPD-Führung, die lieber mit

## Furchtbare Bluttat in Hohenhausen

### Ein Sparkassenrentant ermordet — Blutige Kleidungsstücke und ein Revolver als Indizien — Das Motiv der Tat: Geldschwierigkeiten

Detmold, 9. Januar.

(Eigener Bericht.)

Am Donnerstagabend ist gegen 20.20 Uhr an der Landstraße Hohenhausen—Langenholzhäuser am Ausgang des erstgenannten Dorfes in einem Weidekamp die Leiche des Rentanten der Spar- und Leihkasse Hohenhausen, Meierhenrich, gefunden worden. Der Zustand der Leiche sowie die übrigen Befunde sprachen dafür, daß es sich um eine gewalttätige Tötung handelt. Der Tote lag unmittelbar hinter der Umzäunung der Weide. Er blutete noch. Auch am Draht der Umzäunung wurden Blutspuren festgestellt. Oberstaatsanwalt Dr. Tornau, der gegen 23 Uhr angerufen wurde, traf mit dem Landespolizeidirektor Pffor und mehreren Kriminalbeamten kurz vor Mitternacht am Tatort ein. Bei strömendem Regen wurden die Ermittlungen aufgenommen.

Diese führten dazu, daß der Schlachtermeister Petri dringend der Tat verdächtig ist und auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts vorläufig festgenommen wurde. Noch gegen 20 Uhr nämlich war der Beschuldigte mit dem Toten auf der Straße gesehen worden. Etwa um 21.20 Uhr hörte ein junges Mädchen am Tatort ein lautes Aufstöhnen. Es lief in eine nahegelegene Haus und holte Hilfe herbei. Mehrere Personen gingen darauf mit dem jungen Mädchen an die Weide zurück und sahen im Straßenrand einen Mann liegen, der mit seinen Armen das Gesicht verdeckte. Auf Anruf hob dieser für einen Augenblick seinen Kopf, senkte ihn aber sofort wieder. Die Personen gingen wieder zurück und erschienen nach zehn Minuten, nachdem sie noch andere Leute herbeigerufen hatten, wieder am Tatort. Der Mann im Graben war jetzt verschwunden. Sie fanden aber nach Ab-

den christlichen Gewerkschaften eine „eiserner“ Front bildet, als mit sozialistischen Proleten auch nur diskutiert. Die gut beachtete Versammlung nahm einen guten Verlauf. Genosse Ohlhoff wies in seinem Referat auf die Ergebnislosigkeit des Kampfes der revolutionären Sozialisten innerhalb der SPD hin und zeigte die Motive auf, die nach dem Ausschluß aus der SPD die Genossen Seydewitz und Rosenfeld zur Gründung der SAP bewegen. „Uns lautet das gemeinsame Ziel, uns trennen der Zentration und die kraftvergeudende Gewerkschaftspolitik der KPD und RGO“, rief er den Kommunisten zu. — Die Diskussion war von verständnisvoller Sachlichkeit auch seitens der kommunistischen Redner getragen. Differenzen konnten natürlich nicht durch eine einzige Aussprache geklärt und beseitigt werden. Aber dieser erste Schritt zur Überwindung der unheilvollen inneren Gegensätze innerhalb der Wiesbadener Arbeiterbewegung war nicht erfolglos. Wir gewannen neue Mitkämpfer. Auch der finanzielle Erfolg war zufriedenstellend. Freudigen Beifall fand die Schlussfolgerung des Genossen Ohlhoff: „Und wenn der SAP nur dies eine gelingt, die Wiederherstellung der Einheitsfront und des Solidaritätsgefühls innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung, dann hat sie ihre Existenzberechtigung voll und ganz bewiesen!“

Der liebe Gott als Arzt und Richter. „Da der erste Mensch das Weib der Freundschaft mit Gott vorzog, wurde er aus dem Paradies vertrieben. Mit dem Fluche Gottes beladen, mußte er künftig mit seinem Weibe das Leben fristen. Im Schweite seines Angesichts sollst du dein Brot essen.“ Die Arbeit, die Ehesorgen (1), der Tod seien aber nicht nur Strafe, sondern zugleich Medizin. „daß der Mensch sich nicht in das Leben verliebe.“ Der hochwürdige Kaplan Fahsel, der am Donnerstag hier über „Reaktion und Fortschritt“ sprach, hielt es für nötig, der Weltwirtschaftskrise ihren theologischen Sinn zu geben. Der äußere Fortschritt ist nach ihm die Entwicklung der Technik, der Künste, der Wissenschaften (sowie sie seiner scholastischen Deutung entsprechen, wohlverstanden). Er geht mit einer Handbewegung über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten eines Darwin, Haeckel, Lessing u. a. hinweg und preist den „inneren Fortschritt“, d. h. die Pflege der Freundschaft der Seele mit Gott. Arbeitslosigkeit, Zerstörung des Familienlebens, ja sogar die gleichmäßige Auffassung der „Gottlosen“ vom Tod seien Strafen Gottes für die Vernachlässigung des „inneren Fortschritts“. Der als geschäftstüchtig bekannte Jesuit Fahsel sieht freudig der Zukunft entgegen. Sein Alheilmittel ist der „innere Fortschritt“, auf deutsch: Beten. — Wir stellen mit Genötigung fest, daß kein Arbeiter bei der Versammlung zugegen war. Der gute Bürger war unter sich. Rasenden Beifall fand Fahsels Aufforderung, „dereinst das Christentum nach dem Osten zu tragen.“ Meint der Herr Kaplan vielleicht Rußland? — Die glänzende Beredsamkeit Fahsels verdeckte nur schlecht die Argumentationslosigkeit seiner Ausführungen.

## Organisationsnachrichten

SAZ Groß-Wiesbaden infolge besonderer Umstände hat sich die Anschrift unserer Ortsgruppe geändert. Alle Zuschriften und an den Gen. Wilh. Pörsgen, Wiesbaden, Schulberg 13 II, zu richten.

## Frankfurter „Klassenkampf“-Leser

kaufen die neueste Nummer

MONATSSCHRIFT



sowie alle Parteiliteratur.

SAZ und SWZ

Frankfurt a. M., Rudolfstr. 22

## Vorentscheidung in der Fußball-Kreisklasse

**Adler 08 schlägt Hertha-Luckenwalde 2:0 (1:0) — Hansa 31 Meister im 2. Bezirk — Handballer u. Hockeyer sind rüdrig**

Zahlreiche Zuschauer hofften in Pankow beim Entscheidungstreffen um die Meisterschaft der Abteilung B ein überzeugendes Spiel zweier Tabellenführer zu erleben. Sie sind arg enttäuscht worden. Was die Gäste vorführten, war ein schwaches, wenig durchdachtes Spiel, das von Anfang an mit Unsportlichkeiten und groben Mißgriffen durchsetzt war. Aber der für ein solches Spiel unmögliche Schiedsrichter übersah alles. Die Prügelei des linken Verteidigers ahndete er mit einem — Niederwurf. Dazu schienen ihm die Absichts-Regeln völlig aus dem Gedächtnis verschwunden zu sein.

Das Spiel zeigt anfangs auf beiden Seiten die bei solchen Entscheidungen immer vorhandene Aufgeregtheit und Vorsicht. Adler spielt flach und verhalten; Hertha versucht es mit schnellen Läufen der Außenstürmer, von denen der rechte besonders schlecht gedeckt wird. Beide Tore erhalten Besuch, aber die Torwächter können die ungenauen Schüsse erfolgreich abwehren. Adlers Linksaußen jagt einen Flankenschuß dicht neben dem Pfosten ins Aus, dem Pankower Torwächter kommt in ganz gefährlicher Situation die Querlatte zu Hilfe. Adlers Mitte schiebt aus kurzer Entfernung einen guten Paßball daneben. In der 20. Minute endlich führt eine engmaschige Kombination vom Mittelfeld bis fast an den Torraum zu einem unhaltbaren Tore Adlers. Nach dem Wechsel versuchen die ohnehin körperlich stark überlegenen Luckenwalder mit allen möglichen Mätzchen und Hinterhältigkeiten die Pankower müde zu machen. Das Spiel erreicht dadurch einen für den Arbeitersport ganz unmöglichen Tiefstand. Adler scheint bei der vielbeinigten Verteidigung nicht mehr durchzukommen. 6 Minuten vor Schluß erhält der Linksaußen in Absichtsstellung den Ball dicht an der Mittellinie. Drei Luckenwalder „bemühen“ sich so stark um ihn, daß sie zwar den Mann, aber nicht den langsam ins Tor rollenden Ball aufhalten können.

Wir möchten im Interesse des Arbeitersports solche Gäste in Berlin möglichst selten sehen.

Adler dürfte damit, da die gegen Teltow ausstehenden beiden Spiele kaum verloren werden dürften, Abteilungsmeister sein, hat aber nach dem heutigen Spiel nicht sehr große Chancen, den Meister der Abteilung A, heiße er nun Luckenwalde I oder Eintracht-Reinickendorf, zu schlagen.

**Britz (Eberswalde) verliert 3 : 5 (0 : 2) gegen Hansa**

Vor über 600 Zuschauern — einer für die Odergruppe bisher nie erreichten Zahl — standen sich in Oderberg Hansa 31, der Meister der Berliner Gruppe und Britz (b. Eberswalde), der Meister der Odergruppe, im Entscheidungsspiel um die Meisterschaft des 2. Bezirks gegenüber. Hansa ist stets technisch überlegen und erzielt nach planmäßigem Flügelspiel zwei Tore. Nach dem Wechsel versucht Britz systemvoller zu spielen und kann durch das leichtsinnige Spiel der Hansaverteidiger zunächst den Gleichstand erzwingen. Trotzdem Britz mehrere gefährliche Durchbrüche ansetzt, erhöht Hansa in gleichmäßigen Abständen auf 5 : 2, bis ein Elfmeter für die Provinzleute das Endergebnis herstellt. Das Spiel war äußerst fair und in jeder Beziehung wendend für den Arbeitersport. Der Schiedsrichter war gut.

### Weitere Ergebnisse

Eiche-Cöpenick—Minerva 28 5:2 (2:2), Eiche-Cöpenick Bez.—Minerva 28 Bez. 3:0 (0:0), Eiche-Cöpenick 2—Minerva 2 0:4 (0:2), Britz 88—Oberspree 3:0, Britz 88 2—Oberspree 2 5:0, BSV. 31—Frohe Stunde 2:2, BSV. 31 2—Frohe Stunde 2 1:3, Oderberg 1—Hansa 2 3:3, Union-Tempelhof—Ruhlsdorf 3:5 (1:5), Lichtenberg 1—Wilmsdorf 6:3 (0:2), Lichtenberg I 2—Wilmsdorf 2 2:0 (abgebr.), Vorwärts-Trebbin 1—Jüterbog 1 5:2, Vorwärts-Trebbin 2—Jüterbog 2 9:2, Adler Bez.—FSV. Fichte 8:1 (6:1), Adler 3—Volkssport

Neukölln 2 8:2, Lichtenberg II—Kagel 3:5, Normania—Südost 2:3 (0:1), Normania 2—Südost 2 5:3 (3:2).

### Jugend:

Lichtenberg 1—Eintracht-Reinickdf. 4:0, Minerva 28 2—Nowawes 2 1:1, Minerva 28 (Schüler)—Hansa 31 (Schüler) 6:0, ASV. Neukölln—Pankow 0:1, ASV. Neukölln 2—Pankow 2 1:5, ASV. Neukölln (Jgd.) gegen Wilmsdorf (2. Jgd.) 3:2.

### Von den Handballplätzen

In der ersten Klasse konnte der Kreismeister Volkssport Wedding seinen schärfsten Gegner, die FTGB Osten mit 15:2 viel höher als erwartet, abfertigen. In Hennigsdorf schlug die Fr. Turnerschaft die dritte Mannschaft von Wedding mit 4:1 sicher. Die FTSV Nowawes wurde erwartungsgemäß von der FTGB Nordost mit 6:3 Toren geschlagen nach Hause geschickt. Nordost wird dem Kreismeister noch Kopfzerbrechen machen. In der Abteilung B siegte FTGB Nordring gegen FTGB Oberspree sicher mit 10:1. Volkssport Wedding 2 konnte Eintracht Mahlsdorf mit 7:4 überzeugend die Punkte abnehmen. Der Tabellenletzte, ASV. Neukölln, brachte es auch im Rückspiel fertig, Volkssport Neukölln die Punkte abzunehmen. Bei Schluß hieß es 4:1 für Schöneberg.

Bezirksklasse Osten: Bohnsdorf—FTGB Osten 2 0:8, Frauen: FTGB Lichtenberg—

### Aus dem

#### Mainz-Wiesbadener Gebiet

Mainz-Bretzenheim gastierte am Sonntag zum fälligen Serienspiel in Mainz bei der VfL-Elf. Nach hartnäckigem Spiel gelang es dem Gast, durch einen 4:0-Sieg den Tabellenführungsplatz wieder zu erlangen. In Mainz-Gustavsburg gab es dagegen eine Enttäuschung. Die Einheimischen mußten sich mit einem mageren 1:1 gegen Kreuznach-VfR zufrieden geben.

In Kreuznach verlor die dortige Linda-Mannschaft im Spiel der II. Klasse gegen Wiesbaden-Rambach 4:0. Die Mainzer Turner weiteten in Marsheim und gewannen das Freundschaftsspiel hoch 10:0.

### Um die Kreismeisterschaft der Arbeiter-Athleten

**Mainz-Weisenau siegt über Sulzbach mit 9 : 5**

Der Entscheidungskampf um die Meisterschaft des 14. Kreises der hessischen Athleten im Ringsport verfehlte seine Anziehungskraft auf die Weisenauer Einwohner nicht. Rund 400 Zuschauer waren erschienen und wurden nicht enttäuscht. Die bisher ungeschlagene Mainzer Vorortmannschaft zeigte auch diesmal wieder hervorragendes Können. Sie konnte nach spannenden Kämpfen, die stets lebhaften Beifall auslösten, den Kampf gegen Sulzbach klar gewinnen und sich damit die Kreismeisterschaft holen. Obwohl Weisenau noch einen Kampf gegen Dieburg ausstehen hat, ist an der Entscheidung nicht mehr zu rütteln. Die einzelnen Kämpfe standen sportlich und technisch auf beachtenswerter Höhe. Sie wurden im Leichtmittelgewicht, Leicht- (in dem der bekannte 3. Olympiademister Guthmann ringt) und Halbschwergewicht von Weisenau siegreich beendet, während die anderen Kämpfe, mit Ausnahme des Schwergewichtskampfes, den Sulzbach gewann, unentschieden endeten. Der Genosse Puhl als Unparteilicher befriedigte in jeder Hinsicht.

ASC 2:0, Jugend: FTGB Lichtenberg—Mahlsdorf 2:2.

Bezirksklasse Norden: FTGB Nordring 2—FTGB Rosenthal 1:1, Vspt. Wedding 4—FTGB Norden III 7:1, Vspt. Wedding T.—FT Velten II 3:2, FTGB Nordring 3—SV Moabit 2 0:2, Frauen: Reinickendorf-West—FTGB Nordost 2:3, Vspt. Wedding 2—FT Velten 2:0, Jugend: Vspt. Wedding—ASV Wedding 7:1.

### Serienspiele der Hockeyer

Bei den Serienspielen konnte Tennis-Rot gegen den Sportverein Moabit durch einen 3:1-Sieg den Anschluß an die Spitzengruppe auch weiterhin behaupten. Der VfL Ostling 1 siegte mit Glück im letzten Spielfeld reichlich hoch mit 7:3 Toren. Der führenden Mannschaft der Gruppe B, Vspt. Neukölln-Britz, gelang es, gegen den ASV Rot Weiß 2 in einem torreichen Treffen mit 6:4 zu gewinnen. Die Neuköllner dürften damit die Abteilungsmeisterschaft sicher haben. Der ASV Schöneberg konnte im Spiel gegen FSV Pankow seine bessere Spielverfassung nur durch ein mageres 1:0 ausdrücken. Bei den Frauen siegte ASV Rot-Weiß gegen Tennis-Rot 2 überlegen 6:0. Im anderen Spiel konnten die bisher ungeschlagenen Frauen von Tennis-Rot 1 einen weiteren Sieg von 2:0 über die FSPV Pankow davontragen.

FHC Spandau gewinnt gegen FTGB Tempelhof 2 mit 2:1, Tennis-Rot 2—FTGB Osten 1 mit 3:0, Vspt. Neukölln-Britz 2—MTV Bernau 2 mit 5:2.

### Um die Kreisfußballmeisterschaften

**In Norddeutschland verlor FSV. Lübeck**

Im zweiten Rundenspiel um die Norddeutsche Meisterschaft siegte der Mecklenburgische Meister Hagenow über den Lübecker Meister FSV. 3:1. Hagenow steht nun hinter Kiel-Ost an zweiter Stelle. Doch ist dann eine Wendung zu erwarten, sobald der Hamburger Bezirksmeister, der am 24. Januar ermittelt wird, in die Kreismeisterschaftsspiele eingreift.

### Ueberraschungsergebnisse im Kreise Hessen-Mittelrhein.

In den ersten Meisterschaftsspielen erzielten die Vertreter vom Lande gegen die zwei Frankfurter Meistries hohe Siege. Naunheim schlug Frankfurt-Bornheim verdient mit 5:2, und Egelsbach blieb über Frankfurt-Bockenheim mit 5:1 Sieger. In beiden Spielen wurden technisch sehr gute Leistungen geboten. Bei dem Sieg von Egelsbach spielte das Glück eine große Rolle mit. Am kommenden Sonntag spielen die Sieger und Unterlegenen unter sich.

**In Sachsen schieden Gornsdorf und Döbeln aus.**

Das Wiederholungsspiel der Bezirksmeister Sachsen-Chemnitz—Gornsdorf endete vor 7500 Zuschauern mit einem 4:1-Sieg der Chemnitzer. Im ersten Spiel hatten sich die Gegner mit 3:3 getrennt. Vor 3000 Zuschauern schlug Freiheit Taura den Rasensportverein Döbeln 2:1.

### In Hessen führt Darmstadt.

Im zweiten Spiel um die Handballmeisterschaft des Kreises Hessen-Mittelrhein gewann Darmstadt über Oberrodern mit 5:4. Am Vorsonntag hatte Darmstadt schon gegen Frankfurt-Bockenheim mit 5:1 gewonnen.

### Organisationsnachrichten

#### SAP

Ortsgruppe Tiergarten und Aht. West: Dienstag, 12. 1. 20 Uhr, Jahreshauptversammlung in den Arminius-Sälen, Bremer Str. 72.

Ortsgruppe Bohnsdorf-Falkenberg: Oeffentliche Versammlung im Lokal Madiz, Bunzelstr. Thema: Notverordnung und Arbeiterklasse. Ref. H. Gostomski.

Ortsgruppe Zehlendorf: M.-V. am 13. 1. 20 Uhr. im Lokal Schnorre, Zehlendorf, Potsdamer Str. 3. Eingeführte Gäste haben Zutritt. Bericht vom Bezirksparteiabend.

Ortsgruppe Prenzl. Berg. SAP-Sportler: Montag, 18. 1. 20 Uhr, Altersheim, Danziger Str. 62, Kartellsetzung. Thema: Arbeitersport und Faschismus (Eiserne Front). Anschließend Diskussion, Ausweis mitbringen.

Ortsgruppe Treptow: Mittwoch, 13. 1. M.-V. im Lokal Lehnhöfen, Adlershof, Bismarckstr. 2, am Bahnhof, 20 Uhr. Referent: Hans Seigewasser. Thema: Gewerkschaften und SAP. Vorstände um 19 Uhr.

Bezirksverband Berlin: Referentenkursus der Sozialistischen Arbeiterschule, Dienstag, 12. 1. 19 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstraße 13, Zimmer 96, parterre.

SAP-Bläserchor: Übungsstunde jeden Donnerstag, 20 Uhr, in der Wühlischklasse, Wühlischstr. 36. Musikkundige Genossen sind Symphonisierende willkommen.

Ortsgruppe Kreuzberg: M.-V. Mittwoch, 13. 1. 20 Uhr, in folgenden Lokalen: Aht. 1 bei Lok. Schönleinstr. 6; Aht. 2 im Zelt J. Kreuzbergstr. 2; Aht. 3 im Kottbusser Krug, Kottbusser Str. 19; Aht. 4, Lokal wird noch bekanntgegeben.

Ortsgruppe Neukölln: Funktionärsversammlung, Dienstag, 12. 1. 19 Uhr, bei Balke, Fuldastr. 19/20.

Bezirksverband Berlin: Freitag, 15. 1. 20 Uhr, im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 313, Groß-Berliner Funktionärsversammlung. Thema: Die rote Einheitsfront. Ref.: Gen. Sternberg. Da wichtige Tagesordnung ist Erscheinen unbedingte Pflicht. Zutritt nur gegen die gültigen Funktionsausweise. — Zeitungsoberleute erscheinen 2 Stunden früher.

Ortsgruppe Wedding: Heute, 20 Uhr, im Lokal Lötchert, Soorstr. 3, Ecke Burgdorferstr. 36, Musikkursus. Dora Fabian. Thema: Die Theorie der sozialen Revolutionären Praxis.

Ortsgruppe Reinickendorf: Mittwoch, 13. 1. 19 Uhr, M.-V. im Bürgerstadl Hauptstr. 51/52, Ref.: Gen. Jakobson. Bericht vom Bez.-Parteiabend.

### SJV

Heute, Dienstag, 12. 1., 19.30 Uhr: Roten Einheitsfront.

Belken „Hugo Haase“: Heim, Prenzlauer Allee 34, Rote Einheitsfront.

Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Heim, Kaiserio-Augusta-Allee 97 b, Rote Einheitsfront.

Helmsdorferplatz „August Babel“: Heim, Prenzlauer Allee 34, Rote Einheitsfront.

Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstr. 19, Sozialismus.

Mariendorf „Rote Pioniere“: Heim, Marienfelde (a. Bbf.), Tagespolitik.

Neukölln I: Heim, Mahlower Straße Tagespolitik.

Neukölln II: Heim, Mahlower Straße, Arbeitersport.

Neukölln III: Heim, Schule, Hertzbergplatz, Raum 20, Arbeitersport.

Neukölln IV: Heim, Schule, Chausseestr. 137, Arbeitersport.

Pankow: Heim, Kissingenstr. 48, Schund- und Schmutz-literatur.

Stralau „Friedrich Engels“: Heim, Goßerstr. 61, Die Aufgaben der Funktionäre.

Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Heim, Volkspolizei-Straße, Arbeitersport, Materialistische Geschichtsforschung, Ref.: Gen. Huhn.

Süd-Ost „Jean Jaures“: Absti, Skalitzer Str. 6, LL-Feier, Tempelhof „Junge Kämpfer“: Heim, Götzstraße, Lyzeum, Zimmer 4, Die Ideologie der Gewerkschaft.

Wörther Platz „Matteotti“: Heim, Lokal Reche, Metzger Straße 36, Tagespolitik.

Westen „Lenin“: Heim, Genthiner Str. 17, Tagespolitische Abend.

Westend: Heim, Sportplatz, Tagespolitik.

Weißensee „Karl Marx“: Heim, Lokal Bohasek, am Mirbachplatz, Lohn- und Preisabbau.

Arbeitslosenrat „Nordost“: Heute Zusammenkunft aller arbeitslosen Genosseninnen und Genossen, 15 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34, Arbeitsgemeinschaft: Grundbegriffe des Marxismus.

Mitteilungen der BL: 17. Januar: Alle bis zum Mittwoch übriggebliebenen Karten müssen zurückgegeben werden!

Referentenabend: Nicht Mittwoch erst am Montag, 18. 1., Prenzlauer Allee 34. 1. Abend: „Massenpsychologie“.

Die Rote Falken: Alle Falkenhelfer kommen am Mittwoch, 20 Uhr, ins Sekretariat.

Belkenplatz „Matteotti“: Heim, Tilsiter Str. 4-5, Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Heim, Sonnenburger Straße 20, 1. Zimmer.

Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstr. 19, Stralau „Rote Falken“: Heim, Goßerstraße 61.

Liga für Müttererschutz und soziale Familienhygiene: Oeffentliche Versammlungen: Mittwoch, 13. 1., 20 Uhr, in Berlin SO, Gölitzstr. 52, Lokal Burkhardt, und Montag, 18. 1., 20 Uhr, im Vereinshaus (Inh. Thiele), Schönberg, Ebersstr. 18, Lichtbildvortrag: „Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft? Wie schützen wir uns vor ungewollten Schwangerschaften?“ Eintritt frei!

Deutsche Friedensgesellschaft Berlin-Nordwest. Donners- tag, 14. Januar, 20 Uhr, Arminius-Festsäle, Bremer Str. 72/73. Gen. Fritz Küster spricht über „Die Hintergründe der deutschen Krise.“ Gäste willkommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schabert, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Sichel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Vorlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustell- gebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzhunds RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,90 Porto.

Inserentenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungs- gebiete.

Alle Zahlungen sind an leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 4, Nr. 153 928.

Volkstheater  
Theater d. Bürger

0 1. Nordend 294f

8 Uhr:

Die Großherzogin  
von Geroisteln

Rose-Theater

Größe Frankfurter str. 137

Telefon: 7 1 Wechsel 3423

8,15 Uhr:

Eine Frau  
von Formas

Werbt  
für die  
SAZ

**Kritik an den Programmen**

der

**deutschen Sozialdemokratie**

gibt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“

der „Marxistischen Büchergemeinde“.

Es ist

**ein Buch das jeden angeht!**

Bestellt sofort das

4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von

**Anna Siemsen**

„Auf dem Wege zum Sozialismus“

Dreis 4 T5. 1. Mitglieder der MBG. 3.— RM

Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

**Arbeitersportler! SAZ**

liest die

**Stärkt**

**den**

**Presse-**

**Fonds**

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

### BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15-16.

Der Bezirk Ostachsen berichtet, daß seit dem Ende des „Weihnachtsfriedens“ überall eine gewaltig gesteigerte Aktivität festzustellen ist. Die in den letzten Tagen durchgeführten öffentlichen Versammlungen unserer Partei waren ausnahmslos überfüllt, die Mitgliederversammlungen von durchschnittlich 90 Prozent der Mitgliedschaft besucht. Zahlreiche Neuanmeldungen sind zu verzeichnen. In den nächsten Wochen werden Versammlungen und Kundgebungen in großer Zahl stattfinden. Allein im Unterbezirk Dresden steht die Gründung von etwa zehn neuen Ortsgruppen bevor.

In Kamenitz ist die Mitgliederzahl seit der Gründung von 8 auf 50 angewachsen.

In Eibenstock hat sich der Mitgliederstand seit der Gründung verdoppelt. Unsere Ortsgruppe ist stärker als die SPD-Gruppe, die Zahl der „SAZ“-Leser ist größer als die der SPD-Presse vor der Spaltung. Unsere Versammlungen sind durchweg überfüllt, die der SPD gähnend leer.

In Cunewalde ist die Zahl der Schutzbundmitglieder in wenigen Wochen von 19 auf 80 angewachsen.

**Auch in Thüringen vorwärts**

In Arnstadt, Ilmenau, Wiesen und Gräfenaue fanden besuchte Versammlungen statt, in denen die Genossen Rosenfeld, Sternberg und Frankenthal sprachen. Eine Reihe neuer Ortsgruppen sind das Ergebnis dieser Versammlungen.

**Neue Erfolge in Oberschlesien**

In Gleiwitz fand eine von 400 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt.

600 Personen beteiligten sich an der öffentlichen Versammlung in Hindenburg.

In der Nazi-Hochburg Kreuzburg gelang es der SAP, die seit langer Zeit erste proletarische Massenversammlung zustande zu bringen. Nazis überfielen den Schutzbund, wurden aber von Schutzbund, Reichsbanner und Kommunisten zurückgeschlagen. Praktische Erfolge der Einheitsfront!

In Bunzlau sprach Genosse Seydewitz vor 1000 Arbeitern. Seit langem hat Bunzlau keine derartige Versammlung gesehen.

**Westen:**

In Solingen wurde eine Ortsgruppe des SJV gegründet, die unter der Leitung des bisherigen SAJ-Vorsitzenden steht.

In Herford sprach in einer überfüllten Versammlung der Genosse Portuna. Eine Anzahl Neuaufnahmen sind das Ergebnis.

Dortmund-Marten meldet, daß der Fünfmonatsplan, Verzehnfachung der Mitglieder von 10 auf 100, nahezu erreicht ist. SAP-Devisen: wo bleibt der zehnte Mann?

**Norden:**

In Elmshorn ist eine Schutzbundgruppe gegründet worden. Sieben Neuaufnahmen für die Partei sind das Ergebnis einer einzigen Versammlung.

**Die Saat geht auf!**

Uns wird geschrieben: „Jeder Tag bringt neue Beweise der falschen sozialdemokratischen Politik. Führt die Tolerierungspolitik statt zu einer Schwächung zu einer Stärkung der faschistischen Bewegung, so zeigt sich jetzt schon, wie stark die „nationalen“ Kreise mit einem neuen August 1914 rechnen und dabei auf die Sozialdemokratie zählen.“

In einem Vortrag in der „Hochschule für Politik“ über die Lage in der Mandchurei führte Herr Dr. Kleinow aus, daß dieser Konflikt die Gefahr eines neuen Weltkrieges in sich birgt. Scheitern die Abrüstungskonferenzen, so sei die Möglichkeit gegeben, daß, wenn der Partner sich nicht mehr an den von ihm unterzeichneten Vertrag halte, sich auch der andere nicht mehr gebunden fühle. Amerika sei an der Mandchurei, England an Indien interessiert. In Europa ständen sich Deutschland und Frankreich allein gegenüber.

Der Fall einer elementaren Erhebung des deutschen gegen das französische Volk könne dann eintreten. Kein sozialdemokratischer Führer würde sich, nach Meinung des Vortragenden, in dieser historischen Stunde seiner „nationalen Pflicht“ entziehen, wenn gleich sich heute noch leider starke pazifistische Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie zeigten. (Die überschätzt u. E. der Herr! Red.)

Wichtiger noch als die Feststellung, daß die „nationalen“ Kreise heute schon wieder mit Krieg und mit einem neuen Umfall der Sozialdemokratie rechnen, erscheint uns, daß diese Auffassung schon sozusagen offiziell ist; der Vortragende ist Geheimer Oberregierungsrat.

Sozialdemokratische Arbeiter! Erkennt die Gefahr, in die euch eure Führer durch das Einschwenken in die „nationale“ Front gegen die Reparation gebracht haben. Wieder rechnet die herrschende Klasse damit, daß ihr mit euren Knochen ihre Expansionswünsche befriedigt. Schließt mit uns die rote, sozialistische Einheitsfront!

**Für wen kandidiert Hindenburg?**

Die „parlamentarische Lösung“ erledigt / Ein Schachzug der „Nationalen“?

b. J. Berlin, 11. Januar.

Bei Redaktionsschluß lassen sich die Nachrichten, die über die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Führern der „Nationalen Opposition“ vorliegen, folgendermaßen zusammenfassen: Am Sonntag mittag hat Hugenberg die auf seinen Wunsch verschobene Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning endlich geführt. Offiziell ist über ihren Verlauf nichts bekanntgegeben worden. Inoffiziell lassen Hugenbergs Organe verlauten,

daß der deutsch-nationale Führer dem Reichskanzler keinerlei Konzessionen gemacht habe.

Wenn es danach den Anschein haben konnte, daß gewisse Gegensätzlichkeiten zwischen Hugenberg und Hitler in der Frage ihrer Stellung zu der von Brüning gewünschten Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs beständen — und wenn dieser Anschein noch durch eine offiziöse national-sozialistische Erklärung vom Montag früh genährt wurde, i. der gesagt wird, Adolf Hitler bemühe sich, „die gegen den Willen und ohne Schuld der NSDAP herbeigeführte Hineinbeziehung des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten in die politische Kampf-atmosphäre“ auszugleichen —, so geben allerdings die Ereignisse des Montags solcher Auffassung unrecht.

Am späten Nachmittag des Montag sollte eine neue Besprechung zwischen Hugenberg und Hitler stattfinden. Ohne daß bisher Nachrichten über ihren Ver-

lauf vorliegen, kann jetzt schon gesagt werden,

daß die Aussichten für die sozusagen parlamentarische Lösung der Präsidentenfrage in den Nachmittagsstunden des Montag völlig geschwunden scheinen.

Wenn es in Brünings Operationsplan mit gelegen haben sollte, die Parteien der sogenannten „nationalen Opposition“ auseinander-zumanövrieren, dann erscheint solche Absicht nunmehr endgültig gescheitert. Die Regierung macht sich, wie es nach unseren letzten Informationen den Anschein hat, jetzt bereit, den von der Verfassung vorgeschriebenen Weg zur Erwählung des Reichspräsidenten zu beschreiten. Geflissentlich wird verbreitet, daß man „versuchen“ wolle, Herrn von Hindenburg dafür zu stimmen, sich zur Volkswahl zu stellen. Voraussetzung dafür, daß er sich stellt, soll sein, daß ihm von nationaler Seite kein Gegenkandidat entgegen-gestellt würde.

Der Sozialdemokratie scheint man demnach für Hindenburg absolut gewiß.

Am Sonntag nachmittag ist der Staatssekretär beim Reichspräsidentium, Dr. Meißner, von seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt, und er insbesondere, so wird versichert, bemühe sich um die

Herbeiführung einer ordnungsmäßigen Volkswahl Herrn von Hindenburgs.

An diesen Nachrichten ist so viel richtig, daß seitens der Reichsregierung der sogenannten parlamentarischen Lösung kaum mehr Aus-sichten zugebilligt werden, und so viel falsch,

als Herr von Hindenburg, wie unseren Lesern bekannt ist, von sich aus der sogenannten parlamentarischen Verlängerung seines Mandats stets das größte Mißtrauen entgegen-gebracht hat.

Tatsächlich verhandelt Staatssekretär Meißner seit Sonntag abend unausgesetzt mit den Parteiführern, um von ihnen zu erfahren, ob sie auf Aufstellung eigener Kandidaten gegen Hindenburg verzichten würden.

Seit Montag nachmittag 3 Uhr tagt auch der sozialdemokratische Fraktionsvorstand; es darf angenommen werden, daß seine Verhandler als Ergebnis der Beratungen dem Staatssekretär Meißner das Ja der SPD überbringen werden.

Wenn Herr von Hindenburg, des aus-gedehnten Zwischenaktes müde, auf die eigene Bewerbung verzichten würde,

so könnte der Innenminister die Früchte der Verhandlungen ernten,

die heute eingeleitet worden sind, Hitler und Hugenberg würden dann die insofern Ge-neppten sein, als die Aussichten für einen eigenen Kandidaten der „nationalen Opposition“ erheblich geschwächt wären.

Immerhin... auch mit Herrn Groener ließe sich sicherlich gut arbeiten. Als „Ausweg“ soll nach der „Volks“ die „nationale Opposition“ erwägen, Herrn von Hindenburg als ihren Kandidaten zu proklamieren und den anderen Parteien „anheimzustellen“, diesen Kandidaten aus ihren Händen entgegenzunehmen, zu welchem Spiel die derzeitige Reichspräsident sich aber kaum hergeben würde.

**Staatsbürger zweiter Klasse**

Rechtlosigkeit dissidentischer Lehrer

Noch immer geht der Kampf um die An-stellung der dissidentischen Lehrer. Es ist wirklich kein Ruhmesblatt für ein sozialdemo-kritisches Ministerium in Preußen, wenn trotz klarer Entscheidung des Gerichts, trotz ein-deutiger Rechtsgutachten namhafter Rechts-lehrer der Minister Grimme noch nichts zu unternehmen wagt, weil das Zentrum schein-bar energisch zu werden droht und der gewaltige Herr Heilmann einiges einzuwenden beliebt, dessen Vorliebe für die Freidenker ja im „Freien Wort“ bereits beredten Ausdruck fand. Alle Bemühungen der Allgemeinen Freien Lehrgewerkschaft und des Deutschen Freidenker-Verbandes zur Beseitigung des Unrechts sind bisher erfolglos gewesen. Noch Anfang 1929 stand die Preußenregierung auf dem Standpunkt, daß die Anstellung dissiden-tischer Lehrer zulässig sei, damals, als sich Preußen beim Staatsgerichtshof gegen die deutsch-nationale Klage wehren mußte. Wir wollen objektiv sein und anerkennen, daß an-fangs Minister Grimme wohl versucht hat, im Kabinett eine Aufhebung der Anstellungs-sperre durchzusetzen, aber — das ist das Elend der Koalitionspolitik — das Zentrum blieb Sieger, man fürchtete bei der SPD die Kabinettsfrage! So stehen wir vor der be-trüblichen Tatsache, daß gerade unter einem sozialdemokratischen Minister die Anstellungs-sperre für dissidentische Lehrer der welt-lichen Schulbewegung, einem letzten Akti-viposten des Proletariats im kulturellen Klassen-kampf, ein Lebensnerv unterbunden wird.

In einem Schadenersatzprozeß, den die Freie Lehrgewerkschaft mit dem Freidenker-verband gegen Preußen führte, wurde vom Gericht die Verfassungswidrigkeit und die Verpflichtung des Preußischen Staates zum Schadenersatz im Urteil bescheinigt. Mit dieser klaren Feststellung gibt sich Preußen nicht zufrieden, der Kampf geht weiter. In-teressant ist nun, daß in diesem Prozeß der Vertreter Preußens plötzlich, entgegen der Haltung vorm Staatsgerichtshof, die Rechtmäßigkeit der Sperre betonte. Man dreht sich also, wie man es braucht. Heilmanns Rezept! Der Minister hat Berufung eingelegt. Wieder ist auf Monate die Entscheidung verschleppt, inzwischen ist die allgemeine notverordnete Anstellungssperre rechtzeitig zu Hilfe ge-kommen und tut das ihrige.

Die Freie Lehrgewerkschaft ruft in einem Protest aus: „Die Nichtanstel-lung dissidentischer Lehrer wird zu einem Kulturskandal ersten Ranges!“ Das müssen sich Grimme, Heilmann und die ganze SPD sagen lassen von einer Organisation, die ihnen nahesteht, deren Vorsitzender selbst Mitglied der Preußen-fraktion der SPD ist!

Erfreulich ist aber, daß die beteiligten Or-ganisationen, voran die tapfere, freigewerk-schaftliche Lehrervereinigung, getreu ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit — manche Gewerkschaften könnten sich daran ein Bei-spiel nehmen — sich nicht entschuldigend mit der SPD solidarisieren, sondern den Kampf weitertreiben und nicht locker lassen, so pein-lich es auch für die Betroffenen sein mag. Das Recht geht vor. Nunmehr liegt ein um-fangreiches Gutachten zweier auf dem Ge-biete des Verfassungs- und Verwaltungsrechts anerkannter Autoritäten, der Universitäts-professoren Anschütz (Heidelberg) und Giese (Frankfurt) vor, die beide die An-stellungsmöglichkeit dissidentischer Lehrer nach der jetzigen Rechtsgrundlage voll und ganz bejahen.

In diesem Kampfe muß das Recht zum Siege kommen und der Kulturreaktion Einhalt geboten werden. Allerdings wissen wir, daß dies nur möglich ist, wenn auf der ganzen Linie der Klassenkampf der Arbeiterschaft gegen ihre Feinde endlich aufgenommen und aller Tolerierungs- und Koalitionspolitik ein Ende gemacht wird. Nur am energischen, erbitterten Widerstand des Proletariats wird die Macht der Finsterlinge zerbrechen!

AM.

**Grzesinski beim „Erbfeind“**

Paris, 11. Januar.

Der Berliner Polizeipräsident ist am Sonn-tag spät abends in Begleitung des Polizei-majors Seyfert in Paris eingetroffen, wo er von einem Vertreter des Pariser Polizeipräsi-denten empfangen wurde. Grzesinski beab-sichtigt, die Pariser Verkehrsregelung zu be-sichtigen. Er wird sich außerdem mit der Regelung der Arbeitslosenfrage in der fran-zösischen Hauptstadt beschäftigen und Gelegen-heit nehmen, mit dem Pariser Polizeipräsi-denten und verschiedenen anderen politischen Persönlichkeiten Fühlung zu nehmen.

**Acht Millionen Arbeitslose in USA**

Die amerikanische Gewerkschaftsvereini-gung schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf acht Millionen. (Das dürfte wohl sehr niedrig geschätzt sein. Die Red.).

**Gandhis Frau verhaftet**

In Bombay ist nunmehr auch Frau Gandhi verhaftet worden.

**Kein Prima-Wechsel**

Amerikanischer Geldmann über die Kurzfristigen.

New York, 11. Januar.

In dem Jahresbericht der Chase National-Bank bringt Albert H. Wiggins zum Ausdruck, daß die kurzfristigen Kredite von Deutsch-land im großen und ganzen vernünftig ver-wandt worden seien. Das Stillhalteabkommen könne keine ständige Lösung der deutschen Kreditfrage darstellen, es sei als Atem-pause bis zu einer endgültigen Regelung gedacht. Die deutschen Bankiers hätten Treu und Glauben und den Willen zur Zusammen-arbeit gezeigt. Die amerikanischen Gläubiger hätten nicht die Absicht, die Kredite in einer Weise zurückzuziehen, durch die Deutschland in Schwierigkeiten gerate. (Man ist in Deutschland natürlich entzückt über soviel „Wohlwollen“; daß aber diese Worte nicht viel besagen, braucht dem „einfachen Mann auf der Straße“ kaum dargetan zu werden. Die Red.).

**Sturm im Aermelkanal**

London, 11. Januar

Seit Sonnabend herrscht im Aermel-kanal schwerer Südweststurm. Viele Fahrzeuge mußten in den Häfen Zuflucht suchen. So brachten sich drei Zerstörer, die auf dem Wege nach Portsmouth waren, im Hafen von Portland in Sicherheit. Zwei Fahr-zeuge gingen unter; ihre Besatzungen konnten von den ausgelaufenen Küstenrettungsbooten geborgen werden. Die aus französischen und belgischen Häfen eintreffenden regelmäßigen Kanaldampfer konnten zum Teil erst nach wiederholten Versuchen in ihre Bestimmungshäfen einlaufen. In Teilen von Südengland und Wales gab es infolge dreißigstündiger wolkenbruchartiger Regengüsse große Ueber-schwemmungen. Am Sonntagabend flaute der Wind etwas ab; für heute ist jedoch neuer Südweststurm vorausgesagt.



## Lohnfrage Nebensache — sagt Stegerwald

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald entwickelte in einer großen Zentrumsversammlung in Köln sein sozialpolitisches Programm. Er wandte sich unter anderem gegen die Kaufkrafttheorie, mit der man keine Wirtschaftspolitik machen könne. Ausgangspunkt aller Wirtschaftspolitik sei die Rentabilität der Betriebe, ohne Rentabilität der Betriebe sei keine Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Wie Betriebe jemals rentabel arbeiten können, ohne daß die Massen kaufkräftig genug sind, um die Produkte aufzunehmen, teilte der Reichsarbeitsminister allerdings nicht mit. Dagegen erklärte er zur Lohnfrage:

Hinsichtlich der Lohnfrage herrscht gegenwärtig in Deutschland eine große Verwirrung. Sie ist nicht das Primäre in der deutschen Wirtschaftspolitik.

Zum Schluß kam der übliche Durchhalteappell, der allmählich zum Stehsatz in den Konzepten der Ministerreden geworden ist:

„Die gegenwärtig in breiten Kreisen anzutreffende Weltuntergangsstimmung ist philisterhafte Spielbürgerei. Wir haben den Krieg überstanden, die Ruhrbesetzung, die größte Inflation der Geschichte und die gewaltige Banken- und Geldkrise des letzten Sommers. Wir müßten Trottel sein, wenn wir uns nicht die Kraft zutrauen zur Meisterung des Restes der Schwierigkeiten.“

Wir überstehen da Jahr 1932 ebenso, wie wir den Winter 1930/31 überstanden haben, und wie wir den Winter 1931/32 überstehen werden.“

Wir erinnern uns, daß es Herrn Stegerwalds Parteigenosse, Brüning, war, der seine Verwunderung darüber ausgesprochen hat, daß die Arbeiterschaft den letzten Krisenwinter so geduldig überstanden hat. Vielleicht könnten aber die Herren Kapitalisten, für die die Lohnfrage allerdings nicht das Primäre ist, und die den Mut aufbringen, diese frivolen Auffassungen auch noch öffentlich zu äußern, doch einmal eines anderen belehrt werden...

## Keine Beitragspflicht für Bergarbeiter

Die Befreiung der im Ruhrkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angehörigen sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 31. Dezember 1931 hinaus bis zum 31. März 1932 verlängert worden.

## Auf dem Rost

Biograph Goslar

In einer Broschürenreihe des Kulturpolitischen Verlags, der eben eine biographische Würdigung Severings aus der Feder des sozialdemokratischen Ministerialdirektors Menzel vom Reichsministerium des Innern herausgebracht hat, soll nunmehr auch eine Biographie des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun erscheinen, der im Januar seinen 60. Geburtstag feiert und den seine Verehrer als den großen Staatsmann der Sozialdemokratie schon vor dem Abend feiern, an dem erst rückblickend beurteilt werden kann, ob solche vorzeitigen Lorbeergerüche denn gerechtfertigt sind.

Als Verfasser der Biographie nennt sich ein Herr Hans Stephan, den es nicht gibt. Hinter dem Pseudonym verbirgt sich, wie man hört, eine Persönlichkeit, die dem Ministerpräsidenten seit über zehn Jahren amtlich nahesteht.

Ihr Name soll nicht genannt werden: Es ist der Presse-„Chef“ der preußischen Staatsregierung, der Ministerialrat Hans Goslar, einer der bedeutendsten Byzantiner, den die Republik hervorgebracht hat.

Die staunende Mitwelt wird aus Goslars „Werk“ erfahren, daß Otto Braun, der seiner selbstherrlichen Anwandlungen halber längst mit dem Ehrennamen eines „Selbstherrschers aller Preußen“ ausgezeichnet wurde, in seinem — dem ehemals kaiserlichen — Jagdrevier bei Hubertusstock (einem Schloßchen, wo Wilhelms II. Tochter ihre Hochzeitsnacht verbrachte) keineswegs mehr die Böcke schießt — es gibt dafür näher liegende Reviere —, sondern sie aus der Hand fressen läßt.

Was in der Wuhleide die Hirsche und Rehe manchmal tun, das tun gewisse Zweibeiner in einer berühmten Straße Berlins alle Tage. Arcanum.

## Gewinnt Trotzki Boden?

Neue Kampfansage der Stalinisten

In der „Prawda“ werden verschiedene Entschlüsse der Moskauer Parteiorganisationen zum Kampf gegen die Trotzki-Opposition veröffentlicht. Darin sprechen alle kommunistischen Organisationen Stalin das Vertrauen aus und erklären, daß der schärfste Kampf gegen die trotzkistischen Gruppen notwendig sei. Der Stellvertreter des Generalsekretärs, Kaganowitsch, erklärte, die Partei werde alles unternehmen, um den Trotzkiismus vollkommen zu erledigen.

## Werbt für die SAZ

# Schuhkonsum geht zurück

### Nur ein Paar Schuhe kauft der Deutsche

Im Gegensatz zum amtlichen Institut für Konjunkturforschung, das sich bei seinen Einzelhandelsuntersuchungen fast immer nur auf Umsatzstatistiken beschränkt, hat die Berliner Forschungsstelle für den Handel in einer soeben erschienenen Broschüre über den Schuheinzelhandel umfangreiche Angaben veröffentlicht, die in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft Beachtung verdienen.

Während noch 1927 in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung 1,25 Paar Schuhe verbraucht wurden — zur gleichen Zeit in England 1,75 und in den Vereinigten Staaten sogar 2,5 Paar —, sank der Schuhverbrauch bis 1930 auf nur noch 1,04 Paar pro Kopf und Jahr und nähert sich in seinem 1931 sicher fortgesetzten Abstieg damit erheblich dem in ununterbrochenem Aufstieg befindlichen Verbrauch in der Sowjetunion, der 1930/31 bereits bei 0,74 Paar angelangt war.

Ein Paar Schuhe im Jahr, das klingt so wenig und ist für Millionen und aber Millionen von Menschen schon unerreicherbar viel. Selbst im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung kauft jeder Mann nur 0,7 Paar, also zehn Männer nur sieben Paar Schuhe, während die Kinder und Frauen mehr verbrauchen (zehn Kinder elf, zehn Frauen dreizehn Paar). Jeder Kunde eines Schuhgeschäftes gab 1930 nur 8,12 RM. bei einem Kauf aus. Wieviel Kleinigkeiten müssen darin stecken, damit trotzdem im Gesamtumsatz von 1110 Mill. RM. 1930 ein Schuh für jeden oder rund 65 Millionen Paar Schuhe enthalten sind!

Wie stark die Kaufkraft für Qualitäts- und damit teureres Schuhwerk gesunken ist, geht daraus hervor, daß die Bedeutung des billigen Stoffschuhs gegenüber dem teureren Lederschuh von Jahr zu Jahr angestiegen ist. Während im September von hundert verkauften Paaren Damenschuhe immerhin 37 über 16 RM. kosteten, und nur 32 weniger als elf Mark, wurden im Mai 1931 nur noch 19 Paar Schuhe von 100 in der teuren Preislage, dafür aber 55 in den billigen Preislagen verkauft!

Die Schuhindustrie hat sich seit der Stabilisierung der Währung stark konzentriert; die Zahl der Betriebe ist von 1246 auf

919 (1925—1929) zurückgegangen, die Zahl der Arbeiter von 109 000 auf 88 000. Selbst in dem konjunkturreich noch recht guten Jahr 1929 waren sonach 21 000 Schuharbeiter mehr arbeitslos als 1925: Erfolg der Rationalisierung, die die Menschen durch die Maschinenarbeit ersetzt hat. Im Schuhhandel überwiegt heute noch der handwerksähnliche Kleinhandel: Betriebe mit höchstens drei Angestellten sind allein 80 von 100 Betrieben!

Die Forschungsstelle weist mit Recht darauf hin, daß die ungewöhnlich gestiegenen Sortimentsansprüche der Kundschaft die Lagerhaltung laaufgetrieben hätten, wodurch auch die Kosten zwangsläufig nach oben gingen. Erst das Auftauchen der direkt an den Konsumenten verkaufenden Fabriken, die nur kleine Auswahlen zeigten, hat die Lagerhaltung auch der anderen Betriebe nach unten beeinflusst. Dennoch sind im Schuhhandel die Kosten in den letzten Jahren von 17,6 Prozent vom Umsatz 1925 auf 23,3 Prozent vom Umsatz 1930 angewachsen oder um rund ein Drittel.

Diese Kostensteigerung wird das Unternehmertum natürlich sofort heranziehen, um für weiteren Lohnabbau zu plädieren. Leider hat ja die Forschungsstelle diesem Treiben durch ihre detaillierten Feststellungen einen Riegel vorgeschoben: sie hat nämlich einwandfrei nachgewiesen, daß die Lohn- und Gehaltskosten des Personals alles andere als überhöht sind: von den gesamten Kosten des Handels mit Schuhen entfällt ein Drittel auf Löhne und Gehälter! Dagegen rechnet der Unternehmer sich allein 4,2 Prozent vom Umsatz als Unternehmerlohn oder etwa ebenso viel, wie auf das gesamte Verkaufspersonal entfällt!

Wie schlecht dieses Unternehmertum gearbeitet hat, zeigen die Abschreibungen: 1928 und 1929, als man noch Geschäfte machen konnte, wie man Lust hatte, wurden nur 0,4 bzw. 0,6 Prozent vom Umsatz für Abschreibungen aufgewandt, 1930 aber nicht weniger als 4,2 Prozent! Dann braucht man sich allerdings nicht zu wundern, wenn der Schuhhandel ruft, er könne die Preise nicht weiter senken. Wer falsch disponiert hat und ein zu großes Lager unterhält, der erleidet naturgemäß Verluste. Daß diese Ver-

luste nicht vom Unternehmer, sondern in den Preisen vom Verbraucher getragen werden, zeigt diese Zahl von über 4 Prozent.

Geradezu erschreckend ist das Bild der Personalausnutzung. Je mehr das Personal leistet, desto schlechter wird es bezahlt, desto geringer ist der Anteil der Personal- an den gesamten Kosten. Betriebe, die bis zu 30 000 Kunden im Jahr haben, wenden 10,1 Prozent der Umsätze fürs Personal auf, Betriebe mit über 30 000 Kunden dagegen nur 8,5 Prozent. Betriebe, in denen je Quadratmeter Geschäftsraum bis zu 80 Kunden im Jahr bedient werden, zahlen 11,6 Prozent vom Umsatz ans Personal, Betriebe mit mehr als 80 Kunden aber nur 8,3 Prozent.

Die Verkäuferin setzt im Schuhhandel durchschnittlich 29 000 RM. im Jahre um, aber bei Leistungen, die über 35 000 RM. Jahresumsatz je Verkäuferin einbringen, entfallen nur 7,4 Prozent des Umsatzes auf Löhne und Gehälter, das sind bei 35 000 RM. Umsatz nur 2 600 RM. im Jahr für die Verkäuferin, sowie für die anteiligen Löhne und Gehälter des kaufmännischen Büro- und des gewerblichen Personals! Wieviel nach Abzug dieser Beträge dann für die Verkäuferin selbst noch übrig bleibt, läßt sich ungefähr schätzen: etwas mehr nur als die Hälfte im günstigsten Falle! Genau so sieht es aus, wenn man die Zahl der bedienten Kunden als Maßstab zugrunde legt: bei über 2400 Kunden im Jahr je beschäftigte Person, bzw. über 3500 Kunden je Verkaufskraft sinken die anteiligen Kosten für Lohn und Gehalt um fast 4 Prozent vom Umsatz oder um fast ein Drittel des gesamten Personaleinsatzes.

Man muß die umfangreiche und mit zahlreichen Tabellen und Kurven ausgestattete Broschüre mehrfach durchlesen, um all das sozial- und wirtschaftspolitisch beachtliche Material zu erfassen und zu verarbeiten. Die zuständigen Gewerkschaften werden jedenfalls für Tarif- und sonstige Verhandlungen jeder Art ungewöhnlich dankbare Unterlagen finden, die vor eigenen, den Unternehmern ja immer suspekt erscheinenden Angaben noch den Vorzug voraus haben, daß sie von einer allgemein als objektiv anerkannten, vorbildlich arbeitenden Stelle stammen. In diesem Sinne verdient die Forschungsstelle für den Handel für ihre Arbeiten zweifellos Dank und Anerkennung von der Arbeiterschaft.

## Mieter verfallen der Feme

### Die Herren von der Seifert-Bank

Zum Dank für die Stützung der Bank für Handel und Grundbesitz durch die Brüning-Regierung wirft der Bund Berliner Haus- und Grundbesitzer dem schwarzen Kanzler einen Knüttel zwischen die Beine, der zwar nicht zu seinem Sturze führen wird, wohl aber die Stützung der Bank den Herren Dietrich und Warmbold als Danaergeschenk kennzeichnen dürfte.

Dieser Bund erläßt nämlich an seine Mitglieder die Aufforderung, ihm „wie bisher schon freiwillig“ sofort alle die Mieter zu nennen, die das außerordentliche Kündigungsrecht zu „erpresserischen“ Mietsnachlassforderungen ausnutzen!

Dieses Material, dessen weitgehende Vollständigkeit gewünscht wird, soll dann „der Öffentlichkeit übergeben werden, damit solche Personen an den Pranger gestellt werden können“.

Schon der nicht von uns, sondern vom Hauswirtebund gewählte Ausdruck des Prangers erinnert an die Zeiten des finstersten Mittelalters, die wir naiven Lämmer längst vergangen wähten. Der arme Mieter, der heute einfach außerstande ist, Mieten zu zahlen, wie sie vor Jahren vielleicht erträglich waren, soll also verurteilt werden, die öffentliche Anprangerung seines Wunsches nach Mietsenkung — was „erpresserisch“ ist, entscheidet ja allein der Hauswirteverband — soll dazu führen, ihn wehrlos zu machen. Er wird von keinem „standesbewußten“ Hauswirt eine andere Wohnung vermietet bekommen: ... unsterblich flüchtig sollst du sein, heißt es schon in der Bibel, die scheinbar den Verfasser dieses Berliner Dokuments als Richtschnur diente. Wir wollen diese Verfasser aber auf einen anderen Bibelspruch noch hinweisen, den sie anscheinend mit Hilfe des Artikels 48 außer Kraft zu setzen wünschen: „In deines Vaters Haus sind viele Wohnungen“. Sie aber sollen leerstehen, wenn unwürdige Proleten, die nicht über den Mammon verfügen, sich erdreisten, nach ihrem Besitz zu trachten.

Ja, anderwärts geht man so weit, den Vermieter aufzufordern, sich erst bei seinem Vorgänger, dem bisherigen Hauswirt des Wohnungssuchenden, zu erkundigen, ob der Mieter auf Grund der 4. Notverordnung einen Wohnungswechsel vornimmt. Solchen „Verbrechern“ soll dann nach Möglichkeit keine neue Wohnung vermietet werden. Die Wohnungen, die dennoch freierwerden oder neu bezogen werden, mag der Mieter selbst instandsetzen; der Hauswirt bezahlt es nicht. Denn in Hamburg haben die Neubauvermieter beschlossen, vorerst bis zum 1. April auf ihre Kosten zum Zwecke der Neuvermietung keine

Instandsetzungen von Wohnungen in Neubauten vorzunehmen.

Das Vorgehen der Hausbesitzer ist ein bewußter und planmäßig ausgeführter Versuch, die notverordnete Mietsenkung, die schon durch die Ausführungsbestimmungen weitgehend entwertet worden ist, zu sabotieren. Wir haben noch nicht vernommen, daß die Regierung entschlossen ist, diesem Unterfangen entgegenzutreten.

„Populaire“ gegen Rumänien-Anleihe. Der sozialistische „Populaire“ wendet sich in seinem Artikel gegen die Absicht der französischen Regierung, der rumänischen Nationalbank einen neuen Kredit in Höhe von drei Milliarden Lei zu geben, nachdem erst kürzlich eine Anleihe in Höhe von 250 Millionen getätigt worden ist.

## Vom umstürzenden Signalmast getötet

Oldenburg, 11. Januar.

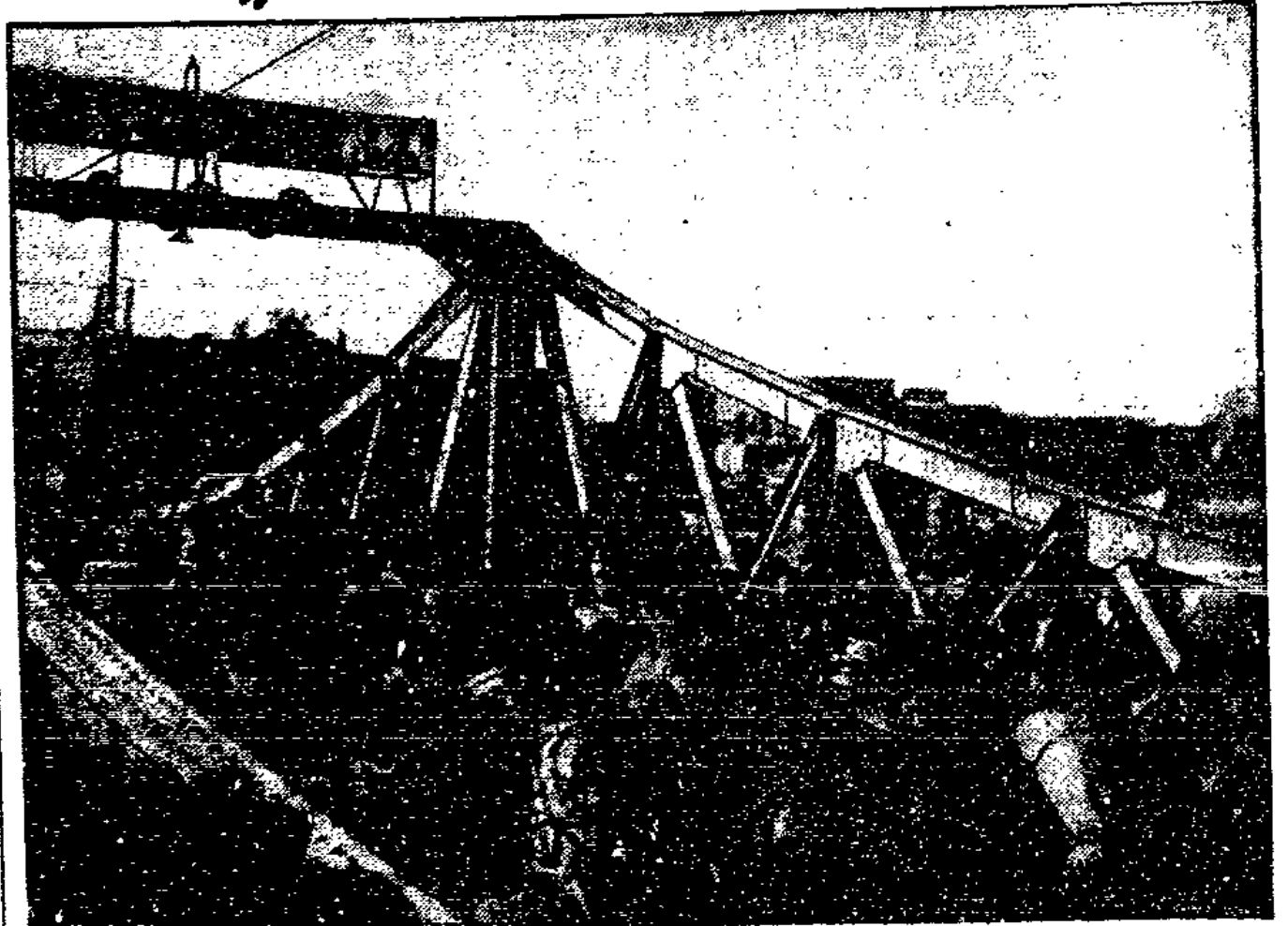
Auf dem hiesigen Hauptbahnhof fuhr heute eine Rangier-Abteilung einer zweiten Rangier-Abteilung in die Flanke. Von der zweiten Rangier-Abteilung entgleiste ein Wagen und riß den Signalmast um. Ein Rangierer wurde von dem umstürzenden Mast getroffen und auf der Stelle getötet.

## Unter dem Verdacht des Muttermordes

Winsen a. d. Luhe, 11. Januar.

In Borstel bei Winsen wurde gestern Abend die Witwe Hermann mit durchgeschnittener Kehle tot aufgefunden. Der Tatverdächtige wird die verheiratete Tochter der Ermordeten, die bereits dem Gerichtsgefängnis zugeführt wurde.

## Das „Stahlbad“ im Fernen Osten



Die Kämpfe in der Mandschurei veranlassen immer mehr Bewohner des Kriegsschauplatzes zur Flucht in das Hinterland. Täglich treffen Scharen von chinesischen Flüchtlingen, die nur das Nötigste an Hab und Gut mit sich führen, in Tientsin ein, wo sie sich eine notdürftige Unterkunft zu verschaffen suchen. Das Bild zeigt eine Schar von Flüchtlingen, welche eine Brücke in Tientsin passieren.